

Ein Projekt von

ijab

WEBDAYS

DEINE DATEN.
DEINE SICHERHEIT.
DEINE MEINUNG.

PROJEKTDOKUMENTATION WebDays 2017–2020

– Jugendgerechter digitaler Verbraucherschutz –



Jugendliche **gestalten**

die digitale Lebenswelt der Zukunft!

Impressum

Herausgeber:

**IJAB – Fachstelle für
Internationale Jugendarbeit
der Bundesrepublik Deutschland e.V.**

Godesberger Allee 142–148
53175 Bonn

Tel.: 0228 9506-0

Fax.: +49 228 9506-199

E-Mail: info@ijab.de

www.ijab.de

Verantwortlich: Marie-Luise Dreber

Redaktion: Kira Schmahl-Rempel, Katrin Schauer, Gabriela Jäkel

Gestaltung: DieProjektoren.de – Agentur für Gestaltung und Präsentation,
Daniela Rusch

Fotos: S. 05 Christine Lambrecht: Thomas Köhler/photothek; S. 07 Marie-Luise Dreber:
Oliver Volke/IJAB; S. 09 Grafik Hand: Anne Lehmann; S. 14 Foto Rayk Anders: Marcello
Zerletti; S. 16 Foto Steffen Haschler: Dr. Philipp Knodel (AppCamps); S. 19 Foto Kristin
Narr: CC BY 4.0 Christiane Gundlach; Weitere Fotograf*innen: Bettina Ausserhofer/
IJAB; Boris Bocheinski/IJAB; Gabriela Jäkel/IJAB; Kjpgargeter/Freepik.com

Icons: Freepik.com

Druck: Senser Druck GmbH

Die hier veröffentlichten Beiträge geben die Meinung der
Autorinnen und Autoren wieder, die nicht der Meinung
der Redaktion bzw. des Herausgebers entsprechen muss.

Mai 2020

Inhalt

Grußworte

Christine Lambrecht, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz	05
Marie-Luise Dreber, Direktorin IJAB	07
Das WebDays -Team	08

Das Projekt **WebDays**

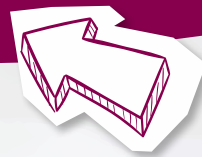
WebDays Konzept	10
Youtuber Rayk Anders über die WebDays	14
WebDays aus der Sicht des Workshopleiters Steffen Haschler	16
Die WebDays MOOCs	18
WebDays 2017: Jugendliche diskutieren digitalen Verbraucherschutz und Ethik	21
WebDays 2018: Jugend gestaltet den digitalen Wandel	24
WebDays 2019: Schöne neue Welt? Leben mit Künstlicher Intelligenz (KI) und automatisierter Entscheidung	29
Die Partner über das Projekt	32

Die Jugendagenda

Jugendgerechter digitaler Verbraucherschutz	34
---	----



GRUSSWORT der Bundesministerin der Justiz
und für Verbraucherschutz für die Abschlussdokumentation des Projekts „Jugendliche gestalten die digitale Lebenswelt der Zukunft (WebDays)“





Christine Lambrecht
Bundesministerin der Justiz
und für Verbraucherschutz



GRUSSWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

junge Menschen sind heute täglich online. Sie nutzen Messenger, posten Bilder, teilen Neuigkeiten oder laden Videos hoch. Als junge Verbraucherinnen und Verbraucher gestalten sie die digitale Welt grundlegend mit. Digitaler Verbraucherschutz ist besonders wichtig für sie.

Die „Fridays for Future“-Bewegung, die Demonstrationen gegen die EU-Urheberrechtsreform oder die Diskussionen um das Video des YouTubers Rezo zur Europawahl haben uns eines gezeigt: Junge Menschen interessieren sich sehr für Politik und möchten etwas bewegen. Doch sie fühlen sich von uns etablierten Politikerinnen und Politikern nicht immer ernstgenommen.

Klar ist: Die politischen Herausforderungen der Digitalisierung können wir nur meistern, wenn wir die Diskussion über die Generationen hinweg führen. Die Digital Natives bewegen sich wie selbstverständlich in der digitalen Welt.

Gerade sie müssen wir zu Wort kommen lassen. Hier leisten die **WebDays** einen wichtigen Beitrag. Die vorliegende Broschüre ist der beste Beweis dafür. Wir haben dieses gelungene Projekt sehr gerne unterstützt und gefördert.

Die **WebDays** haben junge Menschen motiviert, sich mit den Themen digitaler Verbraucherschutz, Medienbildung und Netzpolitik aktiv auseinanderzusetzen und eigene Ideen und Meinungen zu formulieren. Herzlichen Dank für diesen wichtigen Beitrag zur aktuellen politischen Diskussion!

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Christine Lambrecht
Bundesministerin der Justiz
und für Verbraucherschutz



PRIVATPOLICY

Automatische SPRACHVERARBEITUNG

ICH WEISS ALLES ÜBER DICH

Chancen & Gefahren

VERMITTLER

HÖRT DAS GERÄT IMMER AUCH WENN ES AUS IST

AUFPASSEN! MISSBRAUCH

ETHIK?

NEUER LEHRER

WIS INTERAGIEREN MIT BUCH

SOZIALE NETZWERKE AUS METADATEN & TEXTEN EXTRAHIEREN

MEINUNGEN BEEINFLUSSEN

PROFILING

MAXIMALES LERNEN

DEEP LEARNING

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

REKONSTRUIERT

SOZIAL MEDIA

PROZESSOR

WENN DIE KONTAKTNUMMERN

PROFILER

AUTOMATISCHE IDENTIFIZIERUNG

ORIENTIERUNG

LETT

REKONSTRUIERT

SOZIAL MEDIA

PROZESSOR

WENN DIE KONTAKTNUMMERN

PROFILER

AUTOMATISCHE IDENTIFIZIERUNG

ORIENTIERUNG

LETT

WEBDAYS

Du bist für mehr Fairness

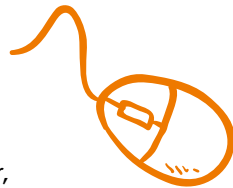
Du möchtest Fake-News

Du willst

Bei den WEBDAYS hast Du das Sagen



Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

die Digitalisierung verändert unseren Alltag und davon sind auch Jugendliche stark betroffen. Die Fähigkeiten das Internet selber zu gestalten, damit zu arbeiten und zu leben sowie Risiken rechtzeitig zu erkennen, werden immer wichtiger. Die technischen Entwicklungen schreiten immer schneller voran und stellen die Gesellschaft vor verbraucherschutzrechtliche Fragen. Wie gehe ich mit den Geräten um, wo werden Daten von mir erfasst und wie kann ich mich vor Datenmissbrauch schützen? Auch die teilweise verrohende Sprache und die gezielte Verbreitung von Falschmeldungen in den sozialen Netzwerken stehen immer stärker im Fokus des öffentlichen Diskurses. Junge Erwachsene sind in diese gesellschaftspolitischen Diskussionen mit einzubeziehen, da sie die digitale Lebenswelt maßgeblich mitgestalten.

Das Projekt **WebDays** hatte sich zum Ziel gesetzt, Jugendlichen im politischen Dialog eine Stimme zu geben und ihre Ideen für einen besseren digitalen Verbraucherschutz einzufangen.

Die Meinung der Jugendlichen stand im Projekt **WebDays** daher stets im Mittelpunkt. In den Jahren 2017 bis 2019 fand jährlich im Herbst die Jugendkonferenz **WebDays** statt. Junge Menschen aus ganz Deutschland waren dazu eingeladen, in Berlin und Mannheim rund um Themen des digitalen Verbraucherschutzes zu diskutieren, mit Expert(inn)en und Politiker(inne)n in einen Austausch zu treten und einen Katalog von Empfehlungen an die Bundesregierung zu erarbeiten.

Als Ergebnis dieser drei Konferenzen ist die **WebDays** Jugendagenda „Jugendgerechter digitaler Verbraucherschutz“ entstanden, wie aus Sicht der Jugendlichen Daten-

Marie-Luise Dreber
Direktorin IJAB



und Verbraucherschutz im Netz noch besser gelingen kann. Diese Agenda finden Sie zum Nachlesen in dieser Broschüre.

Ein weiterer Schwerpunkt des Projektes **WebDays** lag bei den Online Kursen, den sogenannten **MOOCs** (kurz für Massive Open Online Courses), die die Themen der Konferenzen bündeln und als Selbstlernangebote kostenlos online auf der Plattform oncampus.de zur Verfügung stehen. Auch hierzu finden Sie einen ausführlichen Bericht in dieser Publikation.

Diese Broschüre dokumentiert die Initiativen des Projektes und gibt Anregungen für mehr Jugendbeteiligung und einen jugendgerechten digitalen Verbraucherschutz der Zukunft.

Durch die Förderung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) konnte das Projekt **WebDays** in den letzten Jahren viele Jugendliche erreichen und ihre Ideen zum digitalen Verbraucherschutz an die Bundesregierung weitergeben.

Für die finanzielle Unterstützung und die stets konstruktive Zusammenarbeit danke ich dem BMJV sehr herzlich. Zudem möchte ich mich herzlich bei den vielen engagierten jungen Menschen bedanken, die in den letzten Jahren zum Gelingen des Projekts beigetragen haben.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Marie-Luise Dreber
Direktorin IJAB



Kira Schmahl-Rempel



Katrin Schauer



Ulrike Werner



Gabriela Jäkel



Das WebDays-Team

Vier Referentinnen verantworteten das Projekt **WebDays – Jugendliche gestalten die digitale Lebenswelt der Zukunft** während seiner dreijährigen Laufzeit. Das Projektteam blickt auf die **WebDays**-Jugendkonferenzen, die in den Jahren 2017 bis 2019 geplant und begleitet wurden, als Höhepunkte zurück. Insgesamt kamen mehr als 150 junge Menschen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren aus ganz Deutschland, Österreich, Schweiz und den Niederlanden zusammen, um gemeinsam ihre Jugendagenden zu daten- und verbraucher-schutzrelevanten Themen der digitalen Welt zu erarbeiten.

Die hohe Einsatzbereitschaft der jungen Teilnehmer(innen), die sich durchweg mit viel Enthusiasmus, Interesse und Ideenreichtum in die Erarbeitung der Agenden eingebracht haben, war beeindruckend. Sie zeigt, wie wichtig die Zielgruppe selbst das Erlangen einer ausgeprägten Medienkompetenz einstuft und unterstreicht die Bedeutung des Projektes. Auf den folgenden Seiten werden der Verlauf des Projektes sowie seine wichtigsten Prozesse beschrieben und näher erläutert.

Die Jugendagenda jugendgerechter digitaler Verbraucherschutz in der digitalisierten Welt fasst die Forderungskataloge der Jahre 2017 bis 2019 zusammen und schließt die Projektdokumentation ab. Wir hoffen, dass Ihnen das Lesen Freude bereitet und vielleicht die ein oder andere Anregung für Sie bereithält.

Unseren Kooperationspartnern und vor allem dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz danken wir für die große Unterstützung.

Team WebDays

Kira Schmahl-Rempel, Katrin Schauer,
Gabriela Jäkel und Ulrike Werner



WEBDAYS  **DEINE DATEN.
DEINE SICHERHEIT.
DEINE MEINUNG.**

WEBDAYS

DEINE DATEN.
DEINE SICHERHEIT.
DEINE MEINUNG.

PROJEKT-
VERLAUF

2017

2018

2019

2020

KERNPROZESS: POLITISCHE PARTIZIPATION



JUGENDKONFERENZEN

WebDays 2017

03.-05. November
Berlin

WebDays 2018

23.-25. November
Mannheim

WebDays 2019

29. November - 01. Dezember
Berlin

OUTPUT: JUGENDAGENDEN



JUGENDAGENDA 2017
"DIGITALE ETHIK"

- FAIRNESS IM NETZ
- FACE NEWS
- ÜBERWACHUNG
- DIGITALE SELBSTBESTIMMUNG
- HACKER ETHIK

JUGENDAGENDA 2018
"BIG DATA"

- BIG DATA
- OPEN DATA
- WEBDAYSMODE
- AGRIDA-DIALOG: DIGITALE ETHIK
- OPEN GOVERNMENT

JUGENDAGENDA 2019
"KÜNSTLICHE INTELLIGENZ"

- KI UND ETHIK
- OPEN DATA & MACHINE LEARNING
- KI, UNSERE DATEN & DU
- BILDUNG UND KI
- ZUKUNFTSNAHKATIVE: WIE WOLLEN WIR MIT DIGITALEN TECHNOLOGIEN LERNEN?

DIE
JUGENDAGENDA



BEGLEITENDE PROZESSE: ENTWICKLUNG VON LERNRESSOURCEN
UND FÖRDERUNG VON INNOVATION



WEBDAYS MOOCS

& PEER PROJEKTE



WEBDAYSMOOC

#DEINE DATEN
#DEIN DIGITALES ICH
#DEIN ONLINE-KURS



WEBDAYSMOOCKI

#KÜNSTLICHE
INTELLEGENZ?



WEBDAYSMOOC

#FAIRNESS UND
ETHIK IM NETZ

Das WebDays-Konzept



DIE IDEE:

Das Projekt **WebDays – Jugendliche gestalten die digitale Lebenswelt der Zukunft** motiviert junge Menschen, sich mit den Themen Digitalisierung, Verbraucherschutz, Medienbildung und Netzpolitik aktiv auseinanderzusetzen, eigene Ideen und Meinungen zu formulieren und diese in den politischen Diskurs einzubringen.

WebDays 2017 – 2020

Über die Projektlaufzeit von Mai 2017 bis April 2020 etablierten sich drei parallellaufende Prozesse: Politische Partizipation in Form von jährlich stattfindenden Jugendkonferenzen, Entwicklung von Lernressourcen (**WebDaysMOOC**) und Förderung von Innovation (Peer Projekte). Diese Prozesse ergänzten sich, bauten aufeinander auf und entwickelten sich über die dreijährige Projektlaufzeit weiter. Ein Ziel der **WebDays** über die gesamte Laufzeit war es, Strukturen aufzubauen und zugänglich zu machen, die den jugendgerechten digitalen Verbraucherschutz stärken.

POLITISCHE PARTIZIPATION:

Jährlich stattfindende Jugendkonferenz **WebDays**

Die erfolgreichen **WebDays**-Jugendkonferenzen in den Jahren 2017 bis 2019 haben bestätigt, dass Jugendliche eine Plattform suchen, um ihre Forderungen und Wünsche an die Politik zu richten, zu diskutieren und ihre Stimme hörbar zu machen. Das Interesse an den Jugendkonferenzen zeigten die hohen Anmeldezahlen, die die zur Verfügung stehenden Plätze weit überschritten. In den Jahren 2017 bis 2019 erhielten pro Jahr 60 junge Menschen zwischen 16 und 21 Jahren die Möglichkeit, sich zu Themen rund um die Digitalisierung während der Jugendkonferenz auszutauschen.



Um eine möglichst vielfältige, ortsunabhängige Teilhabe zu gewährleisten, die ein demokratisches System langfristig stark macht, fanden die **WebDays 2018** nicht in Berlin, sondern in Mannheim unter der Schirmherrschaft der damaligen Verbraucherschutzministerin Katarina Barley statt. Die Einbindung von lokal vernetzten Politiker(inne)n, Expert(inn)en, Verbraucherzentralen und Organisationen sollte auch die Landes- und kommunale Ebene motivieren, sich stärker im Bereich Daten- und Verbraucherschutz zu engagieren und jugendgerechte Angebote zu entwickeln.

Mit erfolgreichen YouTube-Kampagnen und ansprechenden Themenauswahlen gelang es in jedem Jahr, eine vielfältige Gruppe an Jugendlichen zu gewinnen. Die Jugendkonferenzen boten Raum für Austausch, Vernetzung und gemeinsame Auseinandersetzung über Themen wie Verbraucherschutz, Datenschutz, Netzpolitik und digitale Bildung für junge Menschen. Die **WebDays**-Jugendkonferenzen füllten damit nicht nur thematisch eine Lücke, sondern leisteten auch einen aktiven Beitrag zur Teilhabe junger Menschen.

Die jährlichen Jugendkonferenzen fanden zu unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten statt. So regten die **WebDays 2017** zu Diskussionen über „Digitale Ethik“ an, während die Augenmerke in 2018 auf „Big Data“ und in 2019 auf „Künstlicher Intelligenz“ lagen. Durch begleitende Keynotes und Inputs von Expert(inn)en erhielten die Teilnehmenden ausführliche Einführungen in die jeweiligen Themengebiete. Hierdurch konnten sich wirklich alle eine Meinung bilden und sich für einen Dialog mit der Politik rüsten.

Output: Agenda

In themenbezogenen Workshops erarbeiteten die Jugendlichen gruppenweise ihre Forderungen an die Politik. Die Ergebnisse wurden in der jährlichen **Jugendagenda** festgehalten und nach abschließenden Podiumsdiskussionen mit Politiker(inne)n und Expert(inn)en an einen Vertreter des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) offiziell übergeben. Anerkennung fanden die Jugendagenden in den jeweiligen ausführlichen Antwortschreiben des Staatssekretärs Gerd Billen. Nach Abschluss der **WebDays 2019** wurden die Agenden mit ihrem jeweiligen Fokus und unter Berücksichtigung dieser Antwortschreiben zu der **Jugendagenda – Jugendgerechter digitaler Verbraucherschutz** einem Jugend-Manifest zusammengeführt.

Begleitende Prozesse

Die Jugendkonferenzen dienten als Verbindungsglied zu den begleitenden Prozessen des Projektes „Entwicklung von Lernressourcen“ und „Förderung von Innovation“. Sie sind die Impulsgeber, die das Engagement und Wissen der Jugendlichen nachhaltig stärken und sie zu Multiplikator(inn)en des digitalen Verbraucherschutzes machen.

ENTWICKLUNG VON LERNRESSOURCEN:

WebDaysMOOCs

Um die Ergebnisse nachhaltig zu sichern, wurden die **WebDays**-Jugendkonferenzen um kostenlose Online-Kurse, die sogenannten **MOOCs**, ergänzt. In mehreren Modulen pro Kurs wurde das Wissen der Konferenzen aufbereitet und auch den Jugendlichen zugänglich gemacht, die nicht an den **WebDays** teilnehmen konnten. Die Nachfrage nach Lernressourcen in diesem Bereich war ungebrochen groß, da bestehende Angebote nur selten jugendgerecht aufgearbeitet waren.

An der Entwicklung der **WebDaysMOOCs** (**MOOC** als Kurzform für „Massive Open Online Course“) waren ehemalige Teilnehmende der **WebDays**-Jugendkonferenzen beteiligt. Sie hatten ihre umfangreichen Kenntnisse zu verschiedenen Themen eingebracht und bewiesen, dass sie aufgrund ihrer Medienaffinität innovative Ideen zu deren Vermittlung haben. Die Online-Kurse kombinierten unterschiedliche zeit- und ortsunabhängige Formen der Wissensvermittlung: Es gab Video- und Lesematerial, interaktive Spiele, Expert(inn)en-Interviews, Übungen oder Aufgaben zum eigenen Ausprobieren aber auch Foren, in denen über die Inhalte diskutiert werden konnte.

Ein aktives Tool zur Evaluierung fand am Ende des Kurses das Feedback der Teilnehmenden ein. Durch die Auswertung gelang es, die **WebDaysMOOCs** sehr nah an den Wünschen und Vorstellungen der Nutzer(innen) zu entwickeln.

FÖRDERUNG VON INNOVATION:

WebDays Peer-Projekte

Bei den **WebDays**-Jugendkonferenzen in den Jahren 2017 und 2018 entwickelten die jugendlichen Teilnehmenden in Kleingruppen eigene Projektideen, wie andere Peers über die Themen Daten- und Verbraucherschutz im Netz informiert und dafür sensibilisiert werden können. Der Ideenreichtum und die vielen aussichtsreichen Konzepte, u.a. programmierte Apps, Webseiten und YouTube-Kanäle, waren so beeindruckend, dass die Jugendlichen dazu angeregt wurden, ihre Projektideen auch nach den Jugendkonferenzen weiter zu verfolgen.





WO WERDEN

Überall

Prothesen/
Implantate
Gesundheitswesen

WELCHE

SYSTEME

Personalisierte Infos
z.B. Werbung, Social Media

ADM-SYSTEME

SIENST
V...

Werbung (Anzeigen)
Datenmanagement

EINGESETZT?

zu viel
Verantwortung

Banken

z.B. Kreditwürdigkeit

AUTONOME
MILITÄRDRONEN

BILDOVERARBEI-
TUNG

Hintergrund checken
z.B. Bewerbungen

Veränderung der
offiziellen Meinung
September 2011

Militär

Identifizierung/
Überwachung

Alles was mit dem
Internet verbunden ist

Unstrukturierte Informationen
Inhalten zu unstrukturierten
Ergebnissen

Soziale
Netzwerke

Upload
Filter

zu selbstständig
KI ception

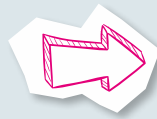
Instanzen
Bekanntengramme

zeitliche
Online Wählung

Google-Suche

OVER/
UNDER FITTING





Rayk Anders
Youtuber



Youtuber Rayk Anders über die WebDays

Wenn wir in Deutschland über die Zukunft sprechen, gibt es zwei Dinge, bei denen sich alle einig sind. Zwei Dinge, bei denen alle zustimmen, egal, welche Parteien sie wählen oder welche Weltanschauungen sie haben:

- Die Zukunft gehört unseren Kindern.
- Die Zukunft ist digital.

Diese beiden Erkenntnisse sind so grundlegend, dass sie von niemandem angezweifelt werden. Es gibt Leute, die zweifeln am Klimawandel, am Elektro-Auto oder unserem Wirtschaftssystem. Aber allen ist klar, dass die digitale Durchdringung unseres Alltags nicht mehr aufzuhalten ist. Und dass es die junge Generation ist, die diese Entwicklung gestalten und steuern muss.

Hochleistungs-Computer begleiten uns jeden Tag, als Smartphone in der Hosentasche oder Smart Watch am Handgelenk. Die zunehmende Vernetzung und Digitalisierung bietet großartige Möglichkeiten, aber auch gewaltige Gefahren. Es liegt an den jungen Menschen, den „Digital Natives“, diese nie dagewesenen Chancen und Risiken zu erkennen, bewerten und ja, auch Alarm zu schlagen, wenn Dinge falsch laufen.

Diese Aufgabe ist nicht nur eine große Herausforderung, sondern vor allem eine riesige Verantwortung. Die Schattenseiten der Digitalisierung bedrohen jeden von uns. Neue Technologien ermöglichen bisher ungeahnte Überwachung der Bürger/-innen, kriminelle Angriffe auf unsere Privatsphäre und sägen an den Grundfesten unserer Demokratie. Es wäre naiv, einfach darauf zu hoffen, dass sich am Ende schon irgendwie alles von selbst einrenken werde.

Wir dürfen von jungen Menschen nicht erwarten, dass sie sich plötzlich von selbst für diese wichtigen Themen interessieren. Dass sie eines Tages zufällig andere Altersgenoss(inn)en treffen, die sich ebenfalls damit beschäftigen. Stattdessen müssen wir Räume schaffen, in denen junge Menschen ihre Leidenschaft für Digitales gleichzeitig entdecken, entfalten und mit anderen teilen können. Wir brauchen Vernetzungen und gegenseitige Unterstützung, die über Chats und Online-Kommentare hinausgehen. Es gibt in unserem Land nicht viele Möglichkeiten dazu. Die **WebDays** sind eine davon.

Ich besuche die **WebDays** seit Jahren. Es ist jedes Jahr mein persönliches Veranstaltungs-Highlight. Wer einmal erlebt hat, wie kreativ, motiviert und kenntnisreich sich die jungen Teilnehmenden den großen Fragen der Digitalisierung widmen, dem wird das weitverbreitete Nörgeln an den „politikverdrossenen Jugendlichen heutzutage“ künftig im Hals stecken bleiben. Ich habe selten Formate erlebt, die ihre Teilnehmer/-innen (egal, ob jung oder alt) über mehrere Tage hinweg konzentriert bei der Stange halten können. Die **WebDays** schaffen es. Und die hohe Zahl von Teilnehmenden, die sich nach ihren ersten **WebDays** auch in den folgenden Jahren immer wieder bewerben und mitmachen wollen, zeugt davon, dass es kein einmaliges Kunststück der Veranstalter/-innen ist.

Junge Menschen wollen sich einmischen. Sie wollen sich austauschen, zusammenarbeiten und Verantwortung übernehmen. Alles was sie brauchen, ist die Chance dazu.

Die **WebDays** sind der Ort dafür.





WebDays aus der Sicht des Workshopleiters Steffen Haschler

In den für diesen Artikel relevanten Jahren habe ich im Rahmen der **WebDays** mit den Jugendlichen an unterschiedlichen Themenkomplexen gearbeitet. Diese waren: Überwachung (2017), Big Data (2018) und was die neuen Entwicklungen im Bereich der KI für unser Bildungssystem (2019) bedeuten.

In den Jahren zuvor war ich bereits in den Vorgängerprojekten der Webdays im Rahmen meiner ehrenamtlichen Tätigkeit im deutschlandweiten Bildungsprojekt „Chaos macht Schule“¹ des Chaos Computer Clubs² durchgeführt. Schon 2017 haben wir auf den Begriff der „digitalen Mündigkeit“ in einer Stellungnahme hingewiesen³, auf den ich mich im Folgenden beziehe.

Nicht nur als aktives Mitglied in einem Hacker/-innen-Verein, sondern auch als Lehrer an einem Heidelberger Gymnasium und als Fortbildner für andere Lehrkräfte liegt mir die Mündigkeit unserer Bürger/-innen sehr am Herzen. Sie ist Grundlage unserer Demokratie. Insbesondere im Digitalen fehlt es vielen an nötigem Wissen, um bei anstehenden Weichenstellungen wirklich partizipieren zu können. Dies ist mittelfristig demokratiegefährdend.

Wir alle wissen, dass einmalige Stellungnahmen oder Anhörungen in Landtagen nicht wirklich helfen, die digitale Mündigkeit unserer Bürger/-innen zu erhöhen. Genauso wenig tut das unsere seit über 10 Jahren bestehende Initiative „Chaos macht Schule“, in deren Rahmen wir nur punktuell in Klassen gehen. Was es wirklich braucht, sind Veranstaltungen, auf denen die Jugendlichen Gestaltungshoheit besitzen

und sich mit Entscheider/-innen auf Augenhöhe begegnen. Und das ist bei den **WebDays** der Fall.

Wenn uns unsere Demokratie am Herzen liegt, muss es noch viel häufiger **WebDays** geben und das auch dezentral.

Der Geist dieser Konferenz und auch im Kleinen in den Workshops ist besonders. Wildfremde Menschen finden in kürzester Zeit eine Arbeitsatmosphäre und arbeiten – die vorgegebenen Zeiten oft überschreitend – hochkonzentriert an ihren Themen. Der Wissensdurst der jungen Leute ist enorm und ihr Output übersteigt aus meiner Erfahrung oft das, was ich von manch einer Expertin oder einem Experten auf dem jeweiligen Gebiet zu lesen bekomme. Das liegt mit daran, dass sie eine echte Selbstwirksamkeitserfahrung machen, die sie in ihrem Alter zu selten erleben dürfen. Es liegt auch daran, dass diese Menschen jung und unbedarft sind. Manche mögen das Ungeduld nennen. Ungeduld, dass demokratische Prozesse langsam sind. Ungeduld, dass Demokratie am Ende einen Konsens finden muss. Hier liegt jedoch gleichzeitig die Stärke dieser Generation – sie sind unvoreingenommen und mutig. Wenn wir die großen Themen der heutigen Zeit auch nur ansatzweise lösen möchten, so müssen wir als Gesellschaft die Stärken aller Generation produktiv vereinen, sie alle als gleiche Mitglieder in den demokratischen Prozess einbinden. Die **WebDays** leisten hier ihren aus meiner Sicht unverzichtbaren Beitrag.

1 <https://www.ccc.de/schule>

2 <https://www.ccc.de/>

3 <https://www.ccc.de/de/updates/2017/cms-forderungen>

Steffen Haschler

Gymnasiallehrer für Mathematik, Physik und Informatik. Hacker im Chaos Computer Club, der sich im Bildungsprojekt „Chaos macht Schule“ engagiert.





IDEEN

Action Lab

1 Weather Projekt

2 Fresh

The News Site
Step 1

3-Min Interview

VINTAGE

C DENIS W.
DETROIT, U.S.A.



www

Medienpädagogin Kristin Narr

über die **WebDaysMOOCs**

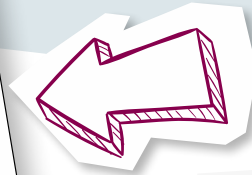
Eine Säule des Projekts **WebDays** bilden drei Online-Kurse (**WebDaysMOOCs**), die auf der Plattform *Oncampus* als Selbstlernangebote kostenlos und unter freier Lizenz zur Verfügung stehen.

Die **WebDaysMOOCs** existieren neben den Jugendkonferenzen als zusätzliches Angebot und richten sich an Jugendliche ab 14 Jahren. Mit den Online-Kursen wird das Ziel verfolgt, die **WebDays**-Themen gemeinsam mit Jugendlichen für Jugendliche in ihrem Sinne aufzubereiten sowie in einer neuen Form, die des Online-Kurses, zu präsentieren, an der möglichst viele junge Menschen partizipieren und sich mit den Themen kritisch und (selbst-)reflektiert auseinandersetzen können. Alle Online-Kurse folgen einem einheitlichen Gesamtkonzept.

Jeder **MOOC** (kurz für: **Massive Open Online Course**) besteht aus vier Lerneinheiten/Modulen, welche entweder mit einer Diskussionsfrage oder einem Quiz abgeschlossen werden können und für deren Bearbeitung es ein digitales Lernabzeichen – ein sogenanntes Badge – gibt. Dabei widmet sich jedes Modul einem Schwerpunktthema im Rahmen des digitalen Daten- und Verbraucherschutzes. Nach Sammlung aller Badges erhalten die Teilnehmenden ein abschließendes Zertifikat.

Im Mittelpunkt des Teilprojekts **WebDaysMOOC** stand die Beteiligung von Jugendlichen. So wurden Jugendliche (z.T. Teilnehmende der **WebDays**-Konferenzen) bereits in der Konzeptionsphase und während der Produktion von Kursinhalten eingebunden. Sie begleiteten den gesamten Entstehungsprozess als Reviewer*innen und verstanden sich innerhalb einer summativen Evaluation des ersten **WebDaysMOOCs** als Expert*innen.

So entstand 2018 der **WebDaysMOOC** *#deine Daten #dein digitales Ich #dein Online-Kurs*, der die Jugendlichen zu einer Auseinandersetzung mit der Relevanz der eigenen Datenspuren, Big Data-Analysen und somit der Beeinflussung von Mensch und Technologie im Internet führte. Das übergeordnete Ziel dieses Kurses ist die Förderung einer eigenen Haltung zu Themen des digitalen Daten- und Verbraucherschutzes sowie die Entwicklung einer fundierten Medienkritikfähigkeit. Verschiedene Tools, interaktive und multimediale Darstellungsformen – beispielsweise ein szenarienbasiertes Zukunftsspiel – machten verborgene Analyse-Mechanismen transparent und potentielle Zukunftsszenarien greifbar.




Kristin Narr
MOOC begleitende
Medienpädagogin



2019 folgte der **WebDaysMOOCKI**, in dem vor allem ein Bewusstsein für die digitalen Transformationsprozesse in allen gesellschaftlichen Bereichen geschaffen werden sollte. Die charakteristischen Merkmale der technologischen Dienste sowie ihre Funktionsweisen wurden illustrativ erläutert. Methoden zur konstruktiven Problemlösung schufen zudem gezielte Diskussionsanreize.

Der dritte Online-Kurs zu den Themen „Fairness und Ethik im Netz“ startet im ersten Quartal 2020. Er knüpft an seinen Vorgänger an und greift ethische und moralische Fragestellungen auf. Dabei geht es zum einen um die ethische Dimension von individuellem Nutzerverhalten im Zusammenhang mit verletzendem Verhalten in virtuellen Räumen und die Entwicklung von Handlungsalternativen in Konfliktsituationen. Zum anderen geht es um die Auseinandersetzung mit Leitlinien, die auf der technologischen Seite eingehalten werden müssen, damit die Selbstbestimmung und Handlungsfreiheit der Nutzenden gewahrt und wertgeschätzt wird. Die Jugendlichen sollen hierdurch eine wertebasierte Medienkompetenz entwickeln, um die vielfältigen Herausforderungen der digitalen Welt bewältigen zu können.

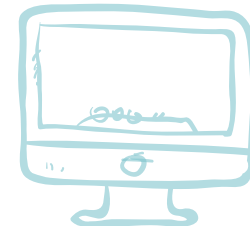


Bisher erreichten die **WebDaysMOOCs weit über 500 Jugendliche. Eine Beteiligung ist auch weiterhin laufend möglich, so dass auch zukünftig noch viele junge Menschen davon profitieren werden.**



Jugendliche diskutieren digitalen Verbraucherschutz und Ethik

WebDays 2017 vom 3. bis 5. November in Berlin



60 Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren redeten mit Expert(inn)en und Politikerinnen über digitalen Verbraucherschutz und Ethik im Internet und formulierten eigene Forderungen an die Politik. Gleichzeitig boten die WebDays den jungen Digital Natives eine Plattform, um eigene Projekte zu starten und selbst etwas zu bewegen.

„Das Internet bietet grenzenlose Möglichkeiten Schönes zu gestalten und zu veröffentlichen – aber es wird auch Unschönes und Unethisches geteilt“ gab Judith Ackermann, Professorin für Medienwissenschaft an der FH Potsdam, in ihrer Keynote zu bedenken. Auf kurzweilige Art zeigt sie dies anhand von Beispielen aus dem Internetalltag der Jugendlichen, wie Memes und Shitstorms. Ihr Appell „Seid aufmerksam! Wir müssen uns der Geschwindigkeit des Internets nicht unterwerfen“ sollte die Teilnehmenden noch während der gesamten Veranstaltung begleiten – ob in den Workshops, bei der Cryptoparty, dem Impulsvortrag zu digitaler Sprachverarbeitung oder der Podiumsdiskussion.

Von Hackerethik bis Fake News

Spätestens nach der Keynote konnten es die motivierten Jugendlichen kaum mehr abwarten loszudiskutieren. Nach einer kleinen Stärkung kamen sie mit Expert(inn)en aus dem non-formalen Bildungsbereich zusammen, die die Jugendlichen in den sogenannten DiscussionHUBs unterstützten, darunter Medienpädagog(inn)en, Vertreter/-innen der Sozialwissenschaften, des Journalismus und vom Chaos Computer Club. Freitag und Samstag diskutierten die Teilnehmenden in den Projektgruppen „Hackerethik“, „Überwachung“, „Fairness im Netz“, „Fake News“ und „Digitale Selbstbestimmung“.

Das Ergebnis: eine mehrseitige Agenda mit konkreten Forderungen an die Politik – aber auch an die Gesellschaft.

In den DiscussionHUBs blieb keine Frage der Jugendlichen unbeantwortet. So widmete sich der Workshop „Überwachung“ unter anderem der scheinbar simplen Frage „Wie funktioniert eigentlich das Internet?“. Im Workshop „Hackerethik“ definierte das junge Team zunächst einmal den Begriff des „hackens“ – losgelöst von Stereotypen. Im Workshop „Digitale Selbstbestimmung“ erkannten die Teilnehmenden „gesellschaftliche Zwänge existieren auch im Internet“ und erarbeiteten gemeinsam Wege, damit umzugehen. Im Workshop „Fake News“ gründeten die Jugendlichen eigene Nachrichtenagenturen, die Falschmeldungen produzierten, um danach zusammen zu prüfen, woran sich Fake News erkennen lassen. Die Teilnehmenden im Workshop „Fairness im Netz“ stellten fest, dass das Internet zwar kein eigenständiger Raum ist, sich Kommunikation und Handeln dort jedoch durchaus von der Offline-Welt unterscheiden.

„Etwas, das ihr mitnehmen könnt“

In Berlin hatten die jungen Digital Natives aber nicht nur die Möglichkeit, sich am politischen Diskurs zu beteiligen. Nach einem informativen und diskussionsreichen ersten Tag erfuhren die Jugendlichen, was sich hinter den sogenannten ActionLABs verbirgt. Projektreferentin Kira Schmahl erklärte das Ziel so: „Eure Forderungen können nicht sofort umgesetzt werden. Deshalb möchten wir euch die Möglichkeit geben, eigene Projekte zu starten, die ihr weiterverfolgen und damit selbst etwas ändern könnt.“ Hochmotiviert machten sich die Jugendlichen an die Arbeit, tippten eifrig auf ihren Laptops, malten Projektskizzen auf Flipcharts, nahmen Videos auf und

programmierten sogar Apps. Drei ehemalige Teilnehmende aus einem Vorgängerprojekt der **WebDays**, die ihr Projekt seither verfolgen, standen ihren Peers mit Unterstützung und Tipps zur Seite.

Auch am zweiten Abend nahmen sich die Jugendlichen nur kurz Zeit, dem Talk von Eric Siegert (21) zu lauschen – danach ging die Arbeit an den eigenen Projekten weiter. Anhand konkreter Beispiele zeigte der ehemalige Teilnehmer der **WebDays** auf unterhaltsame Weise, wie Fake News und Verschwörungstheorien im Netz funktionieren. Er argumentierte, „wer Bekannte auf Facebook entfreundet, die Falschmeldungen teilen, löst das Problem nicht, sondern trägt noch weiter dazu bei, dass sie sich nur noch in ihrer eigenen Filterblase bewegen“ und appellierte an seine Peers: „Unterhaltet euch mit den Menschen!“

Jugendliche sind motiviert „dran zu bleiben“

Um sich im eigenen Umfeld für digitale und netzpolitische Themen stark zu machen, entstanden Radiobeiträge zu Internetthemen, Videoclips zu Fake News, ein offenes Webseiten-Projekt, das die AGB von sozialen Netzwerken verständlich erklärt, sowie politische Umfrage- und Abstimmungs-Apps zur Einbindung und politischen Bildung von jungen Menschen. Die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs stellten die Teilnehmenden am letzten Tag im Plenum vor. Dann wurde abgestimmt. Die drei Gewinnerteams haben – zum ersten Mal bei den **WebDays** – die Chance auf eine Mikroförderung, die es ihnen erleichtern soll, die Projekte weiterzuverfolgen. Naima (16) aus Hessen und Lukas (21) aus Berlin sind fest entschlossen, weiterzumachen – „mit oder ohne Förderung“. Auch Fiona (19) aus dem Sauerland schwärmt von den Action-LABs: „Wir durften an dem Projekt arbeiten, das uns wirklich interessiert – da ist man direkt viel motivierter dran zu bleiben“.

Zum Abschluss stellten Vertreter/-innen der einzelnen Workshops ihren Peers und den zur Podiumsdiskussion anwesenden Expert(inn)en und Politikerinnen ihre Forderungen vor, darunter z. B.

- den Begriff Hatespeech differenzierter zu nutzen,
- einen besseren Umgang mit Sicherheitslücken zu gewährleisten,
- eine anonyme Meldestelle für Sicherheitslücken einzurichten,
- Betreiber von sozialen Netzwerken stärker in die Pflicht zu nehmen,
- eine unabhängige Prüfung von Algorithmen sowie
- vereinfachte AGBs.

Viele der Gruppen forderten aber auch ihre Peers dazu auf, selbst etwas zu tun und das eigene Handeln zu hinterfragen.

Forderungen der Jugendlichen auf dem Prüfstand

Auch zum Abschluss der diesjährigen **WebDays** konnten die Teilnehmenden ihre Forderungen nochmal auf den Prüfstand stellen. Zu Gast waren Geraldine de Bastion (Digitale Gesellschaft), Simone Rafael (Amadeo Antonio Stiftung), Rayk Anders (Journalist & YouTuber), Björn Stecher (Initiative D21), Saskia Esken (MdB, SPD) und Tabea Rößner (MdB, Bündnis90/Die Grünen). Digitale Bildung und der Umgang mit Sicherheitslücken waren als gemeinsamer Nenner auch Kernthema der Podiumsdiskussion. Dabei erhielten die Forderungen der Jugendlichen viel Zuspruch. Um sich im digitalen Raum selbstbestimmt zu bewegen „sei ein gewisses Grundwissen nötig“, sagte Rayk Anders. Geraldine de Bastion war überzeugt, dass „hybride Lösungen“ hermussten – eine Kombination aus Maßnahmen im schulischen und außerschulischen Bereich.

Statt Abschluss-Statements überrascht Moderator Marcus Richter mit einer außergewöhnlichen Schlussrunde: Er bat das Podium darum, Fragen an die Jugendlichen zu formulieren. So erhielten die Teilnehmenden Denkanstöße und Motivation, ihre Projekte weiterzuerfolgen und sich an das Gelernte auch im Alltag zu erinnern. Neben den Fragen ließen es sich die Podiumsdiskutant(inn)en nicht nehmen, ein deutliches Lob an die Jugendlichen für ihre engagierte Arbeit und umfangreichen Forderungen auszusprechen. Die Politikerinnen und Expert(inn)en nahmen sich auch nach der Diskussion noch Zeit für persönliche Fragen der jungen Menschen.

Nach den WebDays ist vor den WebDays

Schon im Laufe des Wochenendes fragen Jugendliche die Organisator(inn)en immer wieder „Werden die WebDays auch 2018 stattfinden?“. Zum Abschluss der Konferenz gab Daniel Poli, Geschäftsbereichsleiter bei IJAB, den jungen Digital Natives einen Grund zur Vorfreude – in der aktuellen Förderphase wird es noch zwei weitere Jugendkonferenzen geben. Außerdem stellt er in Aussicht, dass die jährlichen WebDays enger miteinander verzahnt werden und die Forderungen in den folgenden Jahren auf ihre Umsetzung überprüft werden. Wie auch in den vergangenen Jahren verspricht das WebDays-Team, die Forderungen an das Bundesverbraucherschutzministerium weiterzuleiten, welches den Jugendlichen eine Antwort zugesichert hat.

Dann heißt es Abschied nehmen. Nach einem arbeitsintensiven und informativen Wochenende, machen sich die Jugendlichen etwas wehmütig, aber voll motiviert auf den Heimweg. Can (18), Abiturient aus Münster, freut sich über die „einzigartige Gelegenheit“, die die WebDays für ihn darstellen, mit Expert(inn)en und Gleichaltrigen zusammen zu kommen: „Ich habe nicht nur viel über Datenschutz und Überwachung gelernt und Lust bekommen, programmieren zu lernen, sondern auch erfahren, was andere Jugendliche aus ganz Deutschland denken“.

Melanie Welters, IJAB



Jugend gestaltet den digitalen Wandel **WebDays 2018**



Was wissen Google, Amazon und Facebook über uns? Und: hat dieses Wissen neben den offensichtlichen Vorteilen auch Nachteile? Bei den WebDays diskutierten vom 23. bis 25. November 2018 in Mannheim junge Menschen drei Tage lang unter der Schirmherrschaft von Verbraucherschutzministerin Katarina Barley über Datenschutz und digitale Selbstbestimmung – und erhoben Forderungen an die Politik.

Katharina Nocun hat schlechte Erfahrungen gemacht: Beim Besuch einer Sauna entdeckte sie, dass die Umkleiden videoüberwacht wurden. Grund seien die vermehrten Diebstähle, erklärte der Eigentümer der Sauna auf Nachfrage. Ist dieser Eingriff in die Privatsphäre durch verhältnismäßig wenige Diebstähle überhaupt gerechtfertigt? Was geschieht mit den Daten? Wann werden sie gelöscht? Können Mitarbeiter sie auf einen Speicherchip ziehen und mit nachhause nehmen?

Das Beispiel aus Katharina Nocuns Keynote zur Eröffnung der WebDays stimmte nachdenklich. Seit diesem Schlüsselerebnis hat Nocun nicht nachgelassen. Akribisch hat sie sich angeschaut, welche Daten Online-Shops, Kundenkarten oder Fitnesstracker über sie speichern. Die erste Schwierigkeit: Trotz des rechtlich verankerten Anspruchs der Kundinnen und Kunden, Auskunft über die eigenen Daten zu erhalten, kann es Monate dauern, bis diesem Rechtsanspruch nachgekommen wird. Die zweite Erkenntnis: Auch wenn die Daten nicht zusammengeführt und an Dritte weitergegeben werden, erlauben sie Rückschlüsse, die nicht jedem angenehm sein müssen. So haben die Analysten einer amerikanischen Supermarktkette herausgefunden, dass es typische Produkte gibt, die auf eine Schwangerschaft hindeuten können – selbst, wenn die Kundinnen davon noch gar nichts wissen.

Spätestens wenn der Briefkasten mit Werbung für Windeln und Babynahrung überquillt, wissen es aber die Nachbarn.

Zum Abschluss zitierte Nocun Edward Snowden: „Zu sagen, der Datenschutz sei einem egal, weil man nichts zu verbergen habe, ist so als würde man sagen, das Recht auf freie Meinungsäußerung sei einem egal, weil man nichts zu sagen hat.“

Freiraum für Diskussion und Kreativität

Was also tun? In fünf HUBs machten sich die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gedanken zu Big Data, Open Government, Open Data, digitaler Ethik und entwickelten Drehbücher für den WebDaysMOOC, ein interaktives Lernformat, das sich erstmalig mit dem Thema Datenschutz an Jugendliche wendet.

In den HUBs wurden auch Forderungen an die Politik formuliert. So beschäftigte sich der HUB zur digitalen Ethik mit dem Phänomen Fake News – bewusste Falschmeldungen, mit deren Hilfe Spaltungen in der Gesellschaft vertieft werden sollen. Als ein gelungenes Beispiel zur Aufklärung nannten die Jugendlichen das österreichische Portal www.mimikama.at, das Fake News als das entlarvt, was sie sind: Falschmeldungen. Die Jugendlichen fragten aber auch nach den rechtlichen Rahmenbedingungen für Journalismus.

Für die Offenlegung nicht-personenbezogener Daten setzten sich die Jugendlichen im Open Data-HUB ein. Sie forderten: „Grundsätzlich sind alle von staatlichen Stellen generierten Daten gemeinfrei zu veröffentlichen, darunter fallen nicht persönliche und private Daten, welche schützenswert sind. Nichtveröffentlichung von Daten muss begründet werden.“



Ein schönes Beispiel für den Nutzen solcher offenen Daten führte Oliver Rack in seinem Impulsvortrag an. Die Stadt Heidelberg hat eine interaktive Karte veröffentlicht, mit deren Hilfe gehbehinderte Menschen ihren Weg durch die Stadt planen können.

Einen Katalysator für Open Government sehen die Jugendlichen in Schülervertretungen. Mit Unterstützung des Open Government Netzwerks Deutschland möchten sie Bund, Ländern und Kommunen einen „Bildungspakt“ vorschlagen. Gemeinsam mit Elternräten und Schülervertretungen möchten sie sich mit einem solchen Pakt für eine offene Bildungspolitik, Beteiligung und Demokratie stark machen.

Mehr Aufklärung zu „Dark Ads“ forderten die Jugendlichen im HUB Big Data. Diese auf die Interessen einzelner Nutzerinnen und Nutzer zugeschnittenen Werbeanzeigen werden zur Manipulation – beispielsweise in Wahlkämpfen – eingesetzt. Die Jugendlichen fordern „dass ein generelles Bewusstsein für die Gefahr, die von Dark Ads ausgeht, geschaffen wird. Dies könnte zum Beispiel in Form von Workshops an Schulen geschehen, in denen Jugendliche zu dem Thema sensibilisiert werden.“

Bei den **WebDays** wird aber nicht nur diskutiert, sie sind auch ein Kreativlabor. Frei konnten Ideen für eigene Projekte eingebracht und in „Action LABS“ vertieft werden. Fünf Projektideen kamen so zustande – ein Thinktank für Jugendbildung und -politik, eine App, die komplizierte Gesetzestexte in verständlicher Sprache darstellt, eine Informationsplattform zu Datenspuren bei Instagram, ein ebenfalls als App angelegtes „Bundesjugendparlament“ und ein noch eher offen angelegtes Projekt zur Vermeidung von Datenspuren.

Lebhafte Diskussion mit der Politik

Wer hört den jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu und reagiert auf ihre Anliegen? Zum Ende der **WebDays** kamen die beiden Bundestagsabgeordneten Saskia Esken (SPD) und Tabea Rößner (Bündnis 90/Die Grünen), der baden-württembergische Datenschutzbeauftragte Stefan Brink, Youtuber Rayk Anders und Dr. Janis Kossahl vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

Große Neugier von Seiten der Gäste – man wollte Informationen und Anstöße aus erster Hand und nicht nur aus der „Berliner Politikblase“, wie Tabea Rößner es formulierte. Die „Blase“, also Räume, in denen Nutzer mit weitgehend gleicher Meinung unter sich sind und in denen Fake News frei zirkulieren, war tatsächlich das erste Thema der Diskussion. „Wie können wir Meinungsvielfalt ermöglichen?“, fragte Tabea Rößner. Braucht es dazu mehr staatlicher Intervention in sozialen Medien, wie es eine Frage aus dem Publikum nahelegte? „Wir haben den Datenschutz erfunden, weil wir eine besondere Geschichte haben“, erinnerte Datenschützer Brink, „weil wir eine Gestapo und eine Stasi hatten“. Und auch Saskia Esken möchte „keine Behörde haben, die entscheidet, was wahr ist und was nicht“. „Die Lüge ist nicht per se durch das Grundgesetz geschützt“, mahnte hingegen Rößner.

Das Thema Digitalisierung hat Konjunktur, künstliche Intelligenz ist gerade in aller Munde. Nur der Datenschutz mag davon nicht Recht profitieren, ihm haftet oft ein negatives Image an. „Warum ist das so?“, wollte ein junger Mann aus dem Publikum wissen. Die neue Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union habe für Panikreaktionen bei Unternehmen aber auch bei kleinen Vereinen geführt, darüber waren sich alle auf dem Podium einig. Die Übergangszeit zur Einführung der DSGVO sei nicht zur Aufklärung genutzt worden, räumte Saskia Esken ein – daraus habe man gelernt.



Datenschützer Brink sieht sich jedoch keineswegs als „Mann auf verlorenem Posten“, wie er sagte. „Wir haben die Auskunftspflicht durchgesetzt und können mit hohen Bußgeldern drohen“, erklärte Brink, „und: wir drohen nicht nur damit, wir verhängen sie auch falls nötig“.

Reinhard Schwalbach, Geschäftsbereichsleiter bei IJAB, war es dann vorbehalten, Janis Kossahl vom Verbraucherschutzministerium die Forderungen der Jugendlichen zu übergeben. Der nahm sie dankend entgegen und sicherte zu, dass sie sorgfältig gelesen und beantwortet werden. Und noch eine gute Nachricht konnte er verkünden: Auch im kommenden Jahr wird es **WebDays** geben.

Christian Herrmann, IJAB



WEBDAYS **2018** **DEINE DATEN.
DEINE SICHERHEIT.
DEINE MEINUNG.**
23. - 25. 11. 2018, MANNHEIM





Schöne neue Welt?

Leben mit Künstlicher Intelligenz (KI) und automatisierter Entscheidung

Es waren beeindruckende drei Tage: Die 60 jungen Menschen, die für die WebDays 2019 in das Berliner Wannsee-Forum gekommen waren, schafften es in kürzester Zeit, das komplexe Thema „Künstliche Intelligenz“ zu durchdringen und für ihre Lebenswelt zu reflektieren. Am Ende standen sehr genaue Vorstellungen, wie eine Zukunft mit Künstlicher Intelligenz (KI) gestaltet werden sollte sowie fundierte, konkrete Forderungen an die Politik. Die WebDays 2019 fanden vom 29. November bis 1. Dezember 2019 statt.

Im Auftaktvortrag zu den Grenzen und Möglichkeiten Künstlicher Intelligenz gab Stefanie Kaste von der Initiative D21 erst einmal Entwarnung: Der Terminator wird die Lehrkraft im Klassenzimmer ihrer Meinung nach sobald nicht ersetzen. Eine „starke KI“, also eine Künstliche Intelligenz auf mindestens gleichem Niveau wie das menschliche Gehirn, ist heute noch eine weit entfernte Utopie. Existierende KIs fokussieren sich immer auf konkrete Anwendungsprobleme. Kaste versteht KI als Instrument. Der springende Punkt für sie ist, dass Menschen – wir – entscheiden, wie dieses Instrument eingesetzt wird, mit welchen Daten die KI „gefüttert“ wird, um zu lernen und wie mit diesen Daten umgegangen wird.

Fördern oder überwachen?

Wie nah Förderung und Überwachung beieinander liegen können, verdeutlichte sie anhand zweier plastischer Beispiele: In den USA wird mit der „School of one“ KI erfolgreich eingesetzt, um Schüler/-innen basierend auf ihren jeweiligen Fähigkeiten und Lernergebnissen täglich einen individualisierten Lern- und Übungsplan zur Verfügung zu stellen. Durch den Einsatz der KI wurden die Lernerfolge stark ver-

bessert. Auch in China sei der Einsatz Künstlicher Intelligenz im Klassenzimmer verbreitet. Durch die Aufzeichnung des Unterrichts mit Kameras könne z.B. sehr genau ausgewertet werden, wie aufmerksam die einzelnen Schüler/-innen den Unterricht verfolgen, an welchen Stellen Verständnisschwierigkeiten vorliegen etc. Die Schlussfolgerungen zögen die Lehrkräfte.

Wie also umgehen mit den Versprechen, Benefits und Risiken Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung? Dieser Frage stellten sich die Jugendlichen in den folgenden drei Tagen in fünf sogenannten „Discussion-Hubs“. Diese legten den Brennpunkt jeweils auf einen Teilaspekt:

- **HUB 1:** Don't be evil – Welche ethischen Prinzipien brauchen KI
- **HUB 2:** Open Data & Machine-Learning
- **HUB 3:** KI, unsere Daten & Du [Big Data]
- **HUB 4:** Was bedeutet der Hype um KI für Schulen? – Bildung unter Bedingungen der Digitalität
- **HUB 5:** Zukunftsnarrative: wie wollen wir mit digitalen Technologien leben?

Food for thought und jede Menge Fakten gaben zwei zusätzliche Impulsreferate. Dr. Thilo Hagendorff, Medienethiker an der Universität Tübingen, sprach über KI-Anwendungen im Alltag. Was zunächst recht trocken klingen mag, wurde sehr schnell anschaulich. Sei es beim Flaschenrückgabeautomaten im Supermarkt, bei der Nutzung eines Sprachassistenten oder automatischen Übersetzungsprogrammen: Dass jede und jeder von uns tagtäglich mit Künstlicher Intelligenz zu tun hat, dürfte vielen Menschen klar sein. Dass Künstliche Intelligenz auch für Vorhersagemodelle verwendet wird – etwa

in der sogenannten „vorausschauenden“ Polizeiarbeit, bei Kreditbewertungssystemen oder gar bei Vorhersage, ob eine Schwangerschaft besteht – dürfte weniger Menschen geläufig sein. Die beispielhaft live angewendete Gesichtserkennung informierte das Publikum u.a. über das Alter des Referenten. Doch auch der Gesundheitszustand oder die sexuelle Orientierung einer Person ließen sich durch Gesichtserkennungs-KIs einschätzen, informierte Hagendorff. Ein weiteres praktisches Beispiel machte deutlich, wie auf Knopfdruck Fake-News erstellt werden können. Der automatisch generierte Artikel zum vom Publikum gewählten Thema „Die Welt ist eine Scheibe“ überzeugte zwar nicht jede/-n im Raum von der Richtigkeit der These, ließ aber erahnen, wie schnell vermeintlich gut recherchierte Artikel produziert werden können.

Es braucht nicht viel Phantasie, um zu erkennen, dass dem Nutzen von KI ein erhebliches Risiko von Missbrauch oder Diskriminierung bestimmter Personengruppen durch solche Anwendungen und automatisierte Entscheidungsmodelle entgegensteht.

Spiegel der Gesellschaft

Für Nutzen und Risiken des sogenannten „Automated Decision Making“ (ADM) sensibilisierte dann auch Kristina Penner von der NGO AlgorithmWatch. Sie ging in ihrem Vortrag auf die demokratische Dimension der Nutzung von Algorithmen für die Entscheidungsfindung ein. Sie brachte weitere Beispiele für bereits in Anwendung befindliche ADM-Systeme: So wird in Dänemark ADM genutzt, um eine Vorhersage zu treffen, welche Kinder zukünftig von Vernachlässigung bedroht sind. In Spanien werden Voraussagen getroffen, wie hoch die Rückfallgefahr bei straffällig gewordenen Jugendlichen ist. Österreich wird 2020 ein System einführen, das Arbeitssuchende nach bestimmten Kriterien kategorisiert, die eine Aussage über deren Vermittlungswahrscheinlichkeit treffen. Die Kategorisierung bildet die Grundlage für die Entscheidung, ob Fortbildungen

oder andere Unterstützungsmaßnahmen geleistet werden. Das System ist stark umstritten, da Frauen beispielsweise per se ein schlechteres Scoring erhalten.

Die verwendeten Systeme sind ein Spiegel unserer Gesellschaft, ist Penner überzeugt. Die Algorithmen selbst arbeiten unbestechlich nach mathematischen Regeln. Vorher jedoch stehen die Auswahl und das Systemdesign durch den Menschen: Welche Daten werden eingespeist? Welche Algorithmen werden verwendet? Welche Kriterien werden angesetzt? Oft genug werden existierende Benachteiligungen oder Diskriminierungen – bewusst oder unbewusst – in ADM übersetzt. Eine Sensibilisierung hierfür ist also unerlässlich, um genau diese Fortschreibung zu verhindern. Im Falle von Österreich würde dies u. a. bedeuten, das schlechtere Scoring aufgrund des Geschlechts zu entfernen.

*„Keine Überwachung der Gesellschaft durch ein System, sondern die Überwachung des Systems durch die Gesellschaft!“ – Teilnehmer der **WebDays***

Die Teilnehmenden der **WebDays** brachten in ihren Discussion-HUBs all diese Informationen zusammen und diskutierten den Einfluss von KI und ADM auf ihr eigenes Umfeld. Dabei blieben sie nicht in der Gegenwart stehen, sondern blickten in die Zukunft: Wie soll das Zusammenleben in einer Welt aussehen, in der Künstliche Intelligenz und Automated Decision Making einen selbstverständlichen Platz einnehmen? Welche Regelungen und Stellschrauben sind schon heute notwendig, welche Investitionen sollten dafür schon jetzt erfolgen?

Wichtige Punkte waren dabei z.B. Offenlegung und Transparenz der durch staatliche Behörden und Unternehmen verwendeten und weitergegebenen Daten; Aufklärung und Teilhabe über KI und ADM in allen Gesellschaftsschichten; Rechtmäßigkeit und Fairness, um Diskriminierung auszu-



WEBDAYS 2019 **DEINE DATEN.
DEINE SICHERHEIT.
DEINE MEINUNG.**
29.11. - 1.12.2019, BERLIN



schließen; Nachhaltiger Einsatz von KI in Schule und Bildung. Viele der Forderungen wurden dabei mit ganz konkreten Vorschlägen untermauert.

Kein dystopisches Szenario

Im abschließenden Podiumsgespräch hatten die einzelnen HUBs dann nochmal Gelegenheit, einige brennende Fragen an die Podiumsgäste zu richten und ihre Forderungen vorzustellen. YouTuber Rayk Anders, der ehemalige **WebDays**-Teilnehmer Frederick Hamsa-Feld, Dr. Janis Kossahl aus dem Referat „Verbraucherpolitik in der Informationsgesellschaft; Telekommunikations- und Medienrecht“ des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz sowie Aktivist und Datenschützer Malte Spitz stellten sich den Fragen der Jugendlichen. Letztlich ging es auch hier nochmals um die grundsätzliche Frage: Wie können KI und ADM sinnvoll und nutzbringend eingesetzt und zugänglich gemacht werden und gleichzeitig eine missbräuchliche Datenverwendung,

Diskriminierung und Manipulation ausgeschlossen werden? Abschließende Antworten gab es nicht.

Aber das dystopische Bild, dass YouTube-Star Rayk Anders anfangs ausmalte, revidierte er zum Schluss mit Blick auf die engagierten und fitten Teilnehmenden der **WebDays**. Dem schlossen sich auch die anderen Podiumsgäste an. Und wer in die zum Anfang der Woche veröffentlichte neue „Jugendstrategie der Bundesregierung“¹ schaut, findet beim Thema „Digitales“ nicht nur einen Verweis auf die Agenda der **WebDays** aus dem vergangenen Jahr, sondern als ersten Satz bei den Handlungsbedarfen die Aussage „Jede bzw. jeder Jugendliche und junge Erwachsene hat das Recht auf digitale Teilhabe“. Das ist ein Anfang und gibt Hoffnung, dass die Forderungen der Jugendlichen auf offene Ohren treffen.

Stephanie Bindzus, IJAB

¹ vgl. <https://www.bmfsfj.de/blob/141940/a9789d196ec8313b0b6bda4d5fd18eae/in-gemeinsamer-verantwortung-politik-fuer-mit-und-von-jugend-data.pdf>

„Als Chaos Macht Schule möchten wir unsere technische Expertise in die gesellschaftliche Diskussion einbringen und insbesondere bei jungen Menschen eine Mündigkeit im Digitalen fördern. Wir sind stets begeistert, wie kompetent und motiviert sich Jugendliche in komplexe Themen der Digitalisierung einarbeiten, wenn man sie nur ein wenig dabei unterstützt. Da wir dies in Gesetzgebungsverfahren häufig vermissen, kann die Politik im Dialog mit der Jugend bei den WebDays noch einiges lernen.“

Steffen Haschler und Benjamin Schlüter

Chaos macht Schule



„Seit vielen Jahren schaffen es die WebDays, Themen, die von zentraler Bedeutung für Heranwachsende sind – von Datenschutz bis Algorithmenethik –, aber meist als eher sperrig und mit wenig Bezug zur eigenen Lebensrealität erlebt werden, nicht nur Jugendliche damit zu erreichen, sondern ihnen aktive Teilhabe zu ermöglichen. Der Ansatz, partizipative Inhalte direkt mit Politik und Verwaltung verhandeln zu können, hat unschätzbaren Wert für die Selbstwirksamkeit von Jugendlichen. Jugend hackt war gerne Partner des Projekts.“

jugendhackt.org

JUGEND HACKT

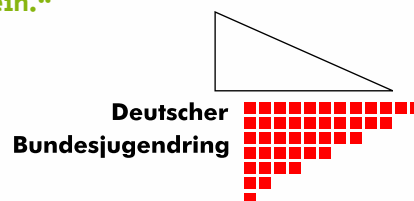
Mit Code die Welt verbessern





„Im Interesse der Jugend fordern wir als Deutscher Bundesjugendring starke Rechte für junge Nutzer*innen digitaler Angebote. Wir sind deswegen gerne Partner des Projektes WebDays. Jugendliche können bei den WebDays gemeinsam ihre Vorstellungen von digitalen Lebenswelten formulieren. Und sie können sich gegenseitig fit machen, um selbstbestimmt, sicher und verantwortungsbewusst im Digitalen unterwegs zu sein.“

DBJR



„Die WebDays sind eine wunderbare Möglichkeit des Austauschs zwischen Jugendlichen aus ganz Deutschland. Themen, Orte und Referenten sind so ausgewählt, dass die Jugendlichen sich an inspirierenden Orten mit aktuellen Themen kollaborativ auseinandersetzen und eigene, authentische Positionen zu Internetthemen entwickeln können. Dass diese Positionen direkt an VertreterInnen aus der Politik weitergetragen werden, ist eine gewinnbringende Situation für beide Seiten. Ein wichtiges Projekt, auf das nicht verzichtet werden kann!“

Stefanie Rack
Klicksafe



Mehr Sicherheit im Internet
durch Medienkompetenz



Die Jugendagenda

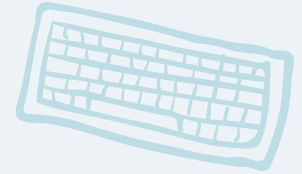
Jugendgerechter digitaler Verbraucherschutz

In den Jahren 2017, 2018 und 2019 diskutierten auf den **WebDays**-Jugendkonferenzen über 150 junge Menschen zwischen 16 und 21 Jahren ihre Forderungen an die Politik zu den Themen „Digitale Ethik“, „Fairness im Netz“, „Fake News und Pressefreiheit“, „Digitale Selbstbestimmung“, „Überwachung und Kontrolle“, „IT-Sicherheit“, „Open Data“, „Big Data“ und „Bildung“. **Die Jugendagenda – Jugendgerechter digitaler Verbraucherschutz** fasst die Forderungen zusam-

men und ergänzt Anmerkungen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) aus den Antwortschreiben auf die jährlichen Jugendagenden.

In der abschließenden **Zukunftsnarrative – So wollen wir mit digitalen Technologien leben** beschreiben Teilnehmende der **WebDays 2019** ihre Vision einer Gesellschaft in der digitalisierten Welt.





Digitale Ethik

- 1. Wir fordern, dass die Ethik ein grundsätzlicher Bestandteil bei der Entwicklung eines jeden ADM-Systems¹ ist. Ethische Regeln sollen in der Entwicklungsphase von Experten/Expertinnen auf dem Gebiet aufgestellt, unabhängig kontrolliert, entsprechend implementiert und eingehalten werden.**
 - Jeder Mensch soll mitbestimmen können, nach welchen Grundsätzen diese Systeme handeln, Entscheidungen treffen und entwickelt werden. Vorschläge für ein ethisches Regelwerk sollen von Expertenkommissionen ausgearbeitet, anschließend in einem Volksentscheid verabschiedet und letztlich in Gesetze umgesetzt werden. Jede Person, die an einem Volksentscheid beteiligt ist, muss im Vorhinein über ADM-Systeme und besonders über ihre Auswirkungen auf die betroffenen Lebensbereiche aufgeklärt werden.
 - Ethische Überlegungen sollen in der Entwicklung von ADM-Systemen an vorderster Stelle stehen. In der Entwicklung soll zunächst bestimmt werden, ob der Zweck und die Funktionsweise eines ADM-Systems ethisch vertretbar sind. Insbesondere sollen ethisch vertretbare Regeln aufgestellt werden, nach denen ein ADM-System Entscheidungen trifft. Diese Grundsätze sollen festgehalten und von einer unabhängigen Instanz geprüft werden, die darüber entscheidet, ob das ADM-System eingesetzt werden darf. (ADM-Systeme, die kein Schädigungspotenzial aufweisen² benötigen kein ethisches Regelwerk, müssen aber explizit von einer unabhängigen Instanz als solche eingestuft werden.)
 - Menschen, die an der Entwicklung von ADM-Systemen beteiligt sind, müssen über ethisch-philosophische Fachkompetenzen verfügen. Deshalb muss der Beruf des ADM-Entwicklers / der ADM-Entwicklerin ein geschützter Beruf sein. Insbesondere, wer die Entwicklung eines solchen Systems plant und leitet, aber auch wer auf niedrigerer Ebene beteiligt ist, muss eine Ausbildung im ethisch-philosophischen Bereich vorweisen und entsprechend zertifiziert sein.

Ethische Prinzipien bilden eine wichtige Grundlage für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Das gilt sowohl in der „analogen“ als auch in der „digitalen“ Welt. Systeme, die algorithmische Entscheidungen treffen, müssen solche ethischen Prinzipien beachten. Auch die von der Bundesregierung eingesetzte Datenethikkommission hat sich in ihren am 23. Oktober 2019 vorgestellten Empfehlungen mit den ethischen Fragen des Einsatzes algorithmischer Systeme auseinandergesetzt (<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/it-und-digitalpolitik/datenethikkommission/arbeitsergebnisse-der-dek/arbeitsergebnisse-der-dek-node.html>).

Aus den Antwortschreiben des BMJV

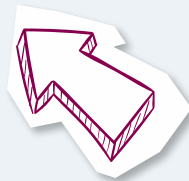
1 ADM ist die Abkürzung für Algorithmic Decision Making, also Verfahren für algorithmische Entscheidungsfindungen
2 vgl. https://datenethikkommission.de/wp-content/uploads/191023_DEK_Gutachten_Kurzfassung_dt_bf.pdf, S. 19

2. **Wir fordern Transparenz der Organisationen, die Künstliche Intelligenzen (kurz: KI) und ADM-Systeme benutzen und einsetzen.**
 - Offenlegung der Funktionsweise von staatlichen und privatwirtschaftlichen ADM-Systemen und KIs.
 - Klarheit bei Staat und Bevölkerung durch Bildung und Aufklärung, um eine konstruktive Meinung und einen konstruktiven Umgang mit der Technologie zu ermöglichen und zu fördern. Die Forschung soll dabei nicht außer Acht gelassen, jedoch nur unter dem Gesichtspunkt der ethischen Vertretbarkeit betrieben werden.

3. **Wir fordern Gesetze zur Regelung der KI- und ADM-Systementwicklung und deren Einsatz, um Diskriminierung von Privatpersonen, Manipulation der Bevölkerung oder anderen ethisch unvertretbaren Auswirkungen vorzubeugen.**
 - Etablierung einer staatlich geförderten, von Unternehmen unabhängigen Instanz, welche diese Gesetze durchsetzt und die KI- und ADM-System-Betreiber/-innen – ob auf privater oder staatlicher Seite – kontrolliert und im Zweifelsfall zur Rechenschaft zieht bzw. den Einsatz der KIs oder ADM-Systeme verbietet.

4. **Wir fordern einen Generationenvertrag. Altersgerechte Aufklärung für Jung und Alt.**

5. **Wir fordern mehr Fortbildungsmaßnahmen für Exekutive, eine bessere technische Unterstützung und Förderung der Durchsetzung von bestehenden Gesetzen.**





Fairness im Netz

1. Wir fordern ein pluralistisches und demokratisches Internet und die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas, welches von Respekt geprägt ist.

Seit der sog. Flüchtlingskrise 2015 ist eine zunehmende Verrohung der Debatte-
tenkultur in sozialen Netzwerken zu beobachten. Das BMJV setzt sich intensiv
damit auseinander. Mittel: Betreiber stärker in die Verantwortung nehmen. Seit
1.1.2018: Netzwerkdurchsetzungsgesetz („NetzDG“), §3, Absatz 1 verpflichtet
Netzwerke effektive Verfahren im Umgang mit Beschwerden über rechtswidrige
Inhalte vorzuhalten, diese zu prüfen und ggf. zu entfernen.

Aus den Antwortschreiben des BMJV

2. Wir fordern die Vermittlung des Mitspracherechts der Bürgerinnen und Bürger.
3. Wir fordern, dass vorhandene Beteiligungsprojekte stärker beworben werden.
4. Wir fordern die Schaffung einer Debattenkultur in Deutschland sowie die Bildung von lokalen
Diskussionsgruppen.

Dies ist keine staatliche Aufgabe. Es gibt jedoch Beschwerdestellen (z.B. eco.de
oder jugendschutz.net). Auch das NetzDG sieht die Einrichtung von Beschwerde-
stellen vor.

Aus den Antwortschreiben des BMJV







LABS

AGB 4U

3 MINUTE INTERNET

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!

THE WINNERS ARE!



Fake News und Pressefreiheit

1. Wir fordern die Erhaltung des hohen Guts der Pressefreiheit.

Meinungs- und Pressefreiheit sind elementare Bestandteile der demokratischen Grundordnung!

Aus den Antwortschreiben des BMJV

2. Wir fordern, dass Fake News in Sozialen Netzwerken gemeldet werden können.
3. Wir fordern, dass eine einseitige Informationsbeschaffung vermieden wird, damit keine Filterblasen³ entstehen.
4. Wir fordern stärkere Kooperationen auf europäischer Ebene in Bezug auf Strafverfolgungen bei Seiten, die auf Fake News spezialisiert sind (viele Hoster im EU- Ausland).

Das Netz DG schafft Regelungen zur Erleichterung der nationalen Strafverfolgung. Soziale Netzwerke müssen einen Empfangsberechtigten benennen, um Kommunikation zwischen Strafverfolgungsbehörde und Netzwerk zu vereinfachen, gelöschte Inhalte (aufgrund von Nutzerbeschwerden) müssen zu Beweis-zwecken gesichert werden.

Aus den Antwortschreiben des BMJV

³ vgl. <https://www.lmz-bw.de/medien-und-bildung/medienwissen/informationskompetenz/filterblasen-wenn-man-nur-das-gezeigt-bekommt-was-man-eh-schon-kennt/>





Digitale Selbstbestimmung

1. **Wir fordern mehr Fördermittel für Projekte, die sich für gesellschaftliche Aufklärung, Weiterbildung und Mitgestaltung einsetzen.**
2. **Wir fordern verständliche AGBs für Verbraucher/-innen, damit auch Laien verstehen, welche Konsequenzen sich aus der Nutzung eines Dienstes ergeben.**
3. **Wir fordern die Kurzfassungen von AGBs. Hierzu sollen aussagekräftige One-Pager zum Einsatz kommen, Standards geschaffen werden und Barrierefreiheit maximiert werden.**
 - AGBs sind juristische Verträge, welche für den Großteil der Nutzerinnen und Nutzer entweder zu lang oder unverständlich sind.
 - Durch die AGBs stimmen Nutzer/-innen oft unbewusst einer Überwachung zu.
 - Ein Gesetz soll veranlassen, dass die wichtigsten Punkte der AGBs kurz und verständlich zusammengefasst werden, sodass jede/-r Bürger/-in genau weiß, welchen Bedingungen er/sie zustimmt.
4. **Wir fordern eine Möglichkeit, nur Teile von AGBs anzunehmen.**
5. **Wir fordern, dass jede/-r Bürger/-in ein Recht auf Privatsphäre und Schutz ihrer/seiner Daten im Internet hat.**
6. **Wir fordern, dass Unternehmen auf das Auskunftsverfahren nach §19, 34, BDSG hinweisen.**
7. **Wir fordern klar verständliche Informationen, wie und wann ADM-Systeme und KIs Personen-daten sammeln und verarbeiten. Dadurch wird Transparenz geschaffen und die Bevölkerung wird sich bewusst, was mit ihren Daten passiert, um im Zweifelsfall dagegen vorgehen zu können.**
8. **Wir fordern eine transparente und unbürokratische Möglichkeit zur Einsicht in persönliche Daten. Es soll eine Mitteilungs- statt einer Auskunftspflicht gelten. Bürgerinnen und Bürgern sollen darüber entscheiden können, was mit ihren Daten geschieht.**

Seit Mai 2018 gilt die neue Datenschutzgrundverordnung mit dem Ziel, die Rechte Betroffener zu stärken. Verbraucher/-innen müssen in einfacher Sprache über Datenverarbeitung informiert werden.

Aus den Antwortschreiben des BMJV

9. Wir fordern, dass Unternehmen dem Auskunftsrecht der Nutzer/-innen über ihren Datensatz dadurch nutzerfreundlich nachkommen, indem sie diesen direkt auf der Unternehmenswebseite in einer verständlichen Form zur Verfügung stellen.

Diesbezüglich „hat die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)“ Nutzerrechte geschaffen. Nach DSGVO hat die/der Nutzer/-in den Anspruch, dass ihm eine Kopie seiner personenbezogenen Daten zur Verfügung gestellt wird. [... Aber es gibt] noch bei vielen Unternehmen Verbesserungsmöglichkeiten. Hier sind die Unternehmen in der Pflicht. Nutzer/-innen sind aufgefordert, die Dateneinsicht aktiv von den Unternehmen einzufordern.

Aus den Antwortschreiben des BMJV

10. Wir fordern über den Artikel 12 der EU-Datenschutzgrundverordnung hinausgehende, umfassende Informationskampagnen und flächendeckende Aufklärung über die Existenz der Datenschutzerklärung und deren Inhalt.

- Die Aufklärung muss bevölkerungsgruppenspezifisch erfolgen: Das betrifft sowohl Arbeitnehmer/-innen als auch Arbeitgeber/-innen (Maßnahmen: z. B. fachspezifische Weiterbildungen, Seminare für Führungskräfte). Offen zugängliche Veranstaltungen für verschiedene Zielgruppen (wie Senior(inn)en) sollen staatlich gefördert werden. Auch außerschulische Informations- und Aufklärungsarbeit in sozialen Medien halten wir für wichtig, da junge Menschen dort besonders aktiv sind (Maßnahmen: z.B. digitale Umfragen, enge Zusammenarbeit mit Influencern und Influencerinnen über verschiedene Plattformen).

11. Wir fordern eine Verbesserung des Datenschutzes auf internationaler Ebene.

Der Vorschlag wurde bereits diskutiert: eine zivilgesellschaftliche Initiative hat auf Einladung der Zeit-Stiftung einen Vorschlag für eine „Charta der digitalen Grundrechte für die europäische Union“ erarbeitet. Kernfrage: Wie ist die/der Einzelne im Zeitalter der Digitalisierung gegenüber Staaten/Großkonzernen zu schützen? Aus Sicht des BMJV ist eine weitere Debatte auf europäischer Ebene wünschenswert.

Aus den Antwortschreiben des BMJV

12. Wir fordern, dass der Bundesdatenschutzbeauftragte nicht von der Bundesregierung vorgeschlagen wird, sondern von der Opposition. Entsprechende Qualifikationen für das Amt sind zu prüfen.



WIE ER...
DEINE DEINE DEINE...
IJAB

Young woman with long brown hair wearing a grey and white textured sweater.

Young woman with short blonde hair wearing a black textured sweater.

Young man with glasses wearing a grey Adidas hoodie and an orange lanyard.

Young woman with a ponytail wearing a purple hoodie and a plaid scarf.

Young man with short dark hair wearing a black shirt.

Young man with short brown hair wearing a blue shirt.

Young woman with long brown hair wearing a black top.





Überwachung und Kontrolle

1. Wir fordern: Schluss mit Massenüberwachung! Keine Überwachung der Gesellschaft durch ein System, sondern die Überwachung des Systems durch die Gesellschaft.

- ✎ Massenüberwachung basiert nicht auf einer gegenwärtigen Bedrohung, sondern auf einer potenziellen zukünftigen Bedrohung. Diese kann man sich in unendlichen Arten und Weisen vorstellen, demnach kann man sich auch auf unendliche Arten und Weisen darauf vorbereiten. Eine Aufrüstung des Sicherheitsapparates wird demzufolge nie stoppen. Diese Vorbereitung ist irrational und schränkt die Freiheiten der Bevölkerung stark ein. Außerdem schürt sie Angst vor eben dieser Überwachung und/oder vor der potenziellen Bedrohung.
- ✎ Überwachung durch die eigene oder fremde Nationen muss verhindert werden. Unter anderem, da die Überwachung durch Staaten das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stark missachtet. Es darf demokratisch geführten Systemen nicht erlaubt sein, das Leben der Zivilbevölkerung ins Negative zu beeinflussen oder zu verändern. Bürger(inne)n soll die Möglichkeit eingeräumt werden, zu entscheiden, inwiefern Staaten deren Leben beeinflussen dürfen.

2. Wir fordern: Keine kommerzielle Überwachung!

- ✎ Hierbei wird nicht vor unmoralischen Mitteln wie Manipulation und Nudging⁴ zurückgeschreckt. Zusätzlich nutzen Unternehmen sogenanntes „Microtargeting“ um Benutzer/-innen mit Hilfe von extremen Mengen an Datensätzen, die über sie gesammelt wurden, gezielte personalisierte Werbung anzuzeigen. Diese Techniken ermöglichen unter anderem:
 - a. Überwachung des Surfverhaltens der Userinnen und User
 - b. Manipulationen von Kaufentscheidungen
 - c. Beeinflussung von Wahlentscheidungen (s. Cambridge Analytica⁵). Massiver Eingriff in den politischen Meinungsbildungsprozess bis hin zur Untergrabung unserer parlamentarischen Demokratie.

4 Nudging ist eine Praktik, bei welcher das Unternehmen Entscheidungen zur Beeinflussung der Konsument(inn)en trifft. Als Beispiel können hier die Autoplay-Funktionen der Streaming Anbieter Netflix und YouTube angeführt werden. Diese Autoplay-Funktionen werden dafür genutzt, dass die Nutzerin oder der Nutzer mehr Zeit auf der Plattform verbringt.

5 vgl. <https://netzpolitik.org/2018/cambridge-analytica-was-wir-ueber-das-groesste-datenleck-in-der-geschichte-von-facebook-wissen/>

3. **Wir fordern, dass die Bundesregierung sich sowohl national als auch auf europäischer Ebene und gegenüber unseren internationalen Partner(inne)n dafür einsetzt, dass Überwachung und Kontrolle (speziell, jedoch nicht ausschließlich durch ADM-Systeme) stark eingeschränkt wird.**
 - Eine maschinelle Überwachung kategorisiert und bewertet Menschen systematisch. Dies ist für uns mit der Menschenwürde unvereinbar!
4. **Wir fordern, dass der Minderheitenschutz im Kontext „ADM-Systeme und Massenüberwachung“ unbedingt geachtet wird. Dies ist ein besonderes Anliegen, für das man als Negativbeispiel die Unterdrückung der Uigur(inn)en in China u.a. mit Hilfe von ADM-Systemen, heranziehen kann.**
5. **Wir fordern ein gesetzliches Verbot der Überwachung aller Privatpersonen.**

Die Vorratsdatenspeicherung ist [...] ein wichtiges Instrument für die Ermittlungsbehörden. [...] Bei Online-Straftaten stellen Daten [...] häufig den ersten und – insbesondere im Fall von IP-Adressen – manchmal sogar einzigen Ermittlungsansatz dar. Ohne gesetzlich vorgeschriebene Vorratsdatenspeicherung hinge es vom Zufall ab, ob in einem bestimmten Fall Daten bei einem Anbieter vorhanden sind, die für strafrechtliche Ermittlungen genutzt werden können. Auch das Bundesverfassungsgericht sieht keine grundsätzlichen Bedenken hinsichtlich einer Vorratsdatenspeicherung (vgl. Urteil vom 2. März 2010, 1 BvR 256/08 u.a.). Aktuell sind die deutschen Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung Gegenstand von mehreren Verfassungsbeschwerden sowie Vorlageverfahren vor dem europäischen Gerichtshof. Bis zum rechtskräftigen Abschluss der Verfahren wird die Bundesnetzagentur von Anordnungen und sonstigen Maßnahmen zur Durchsetzung der in § 113b TKG geregelten Speicherverpflichtungen gegenüber allen verpflichteten Unternehmen absehen.

Aus den Antwortschreiben des BMJV





IT-Sicherheit

1. Wir fordern neue Wege für Sicherheitsforschung und Einbindung von Institutionen wie des CCC.

Hier ist die Bundesregierung sehr aktiv. Es wurde das Forschungsprogramm „Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt“ bis 2020 eingerichtet. Dies verfolgt vier Schwerpunkte: neue Technologien, sichere IKT Systeme, Anwendungsfelder, Privatheit/Schutz der Daten.

Aus den Antwortschreiben des BMJV

2. Wir fordern, dass Unternehmen verpflichtet werden, Sicherheitstests durchführen zu lassen.
3. Wir fordern, dass Firmen Sicherheitsupdates für die Dauer der Gewährleistung liefern (Sicherheits-/Funktionsupdates sind stets zu trennen! Auf Notwendigkeit hinweisen).

Es bedarf eines Gesamtkonzepts, dieses könnte bestehen aus: europaweit geltende IT-Sicherheitsvorschriften (Digitales Produktsicherheitsrecht), die zu Mindestanforderungen verpflichten und durch ein Marktaufsichtssystem kontrolliert werden. Die Bundesregierung setzt sich für Bereitstellung von Sicherheitsupdates ein.

Aus den Antwortschreiben des BMJV

4. Wir fordern eine staatlich geförderte Meldestelle für Sicherheitslücken.

Beim BSI wurde bereits mit dem Bürger-CERT ein entsprechendes Format geschaffen. Expert(inn)en bewerten rund um die Uhr die Sicherheitslage im Netz. Bei Bedarf werden Warnmeldungen verschickt.

Aus den Antwortschreiben des BMJV





Ideen: App des

Alle Videos/Filme sollten mit Untertitel spielbar sein damit sie schauen kann.

Unsere Forderungen

- ➔ App zur Smartphone /
- ➔ Plattform auf der man sich mit Nachbarn verbinden kann (Seniorensticker)
- ➔ Workshops (kommunal) für den richtigen Umgang in der digitalen Bedienungskompetenzen erlernen
- ➔ Internet sinnvoll nutzen vor Gefahren warnen

WEBDAYS

T
d
Die
Lern
bist
ang
KON
→ G



Open Data

- 1. Wir fordern, dass ein rechtlicher Rahmen zur Förderung und Umsetzung von Open Data geschaffen wird.⁶ Alle nicht-persönlichen Daten sollen für die Öffentlichkeit jederzeit zugänglich und abrufbar sein.**
 - ✎ Ein barrierefreier Zugang zu den Daten muss gewährleistet sein. Die Daten sollen software- und hardwareunabhängig nutzbar sein.
 - ✎ Ein zentrales Webportal, um die Daten frei verfügbar zu machen, soll geschaffen werden. Die zentrale Sammlung von Community-Open Data soll die Möglichkeit beinhalten, eigene Daten hinzuzufügen und anderen Menschen zur Verfügung zu stellen.
 - ✎ Hierdurch werden große Datenpools generiert, von denen viele profitieren.

Maßnahme der Bundesregierung: „Erstes Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes“ von 2017, das den Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung vorgibt, die von ihnen erhobenen Rohdaten entgeltfrei zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung erfolgt über <https://www.govdata.de>.

Aus den Antwortschreiben des BMJV

- 2. Wir fordern, dass nicht-personenbezogene Daten, die in öffentlichen Institutionen anfallen, maschinenlesbar veröffentlicht und aktuell gehalten werden.**
 - ✎ Da Machine-Learning-Verfahren sehr gut mit unstrukturierten Daten arbeiten können, ist es nicht zwingend notwendig, die Daten in langwierigen Verfahren zu standardisieren. Die Daten müssen klassifiziert sein und in maschinenlesbarer Form nach existierenden Standards bereitgestellt werden. Ferner gilt es, keine deutsche Insellösung anzustreben, sondern sich an technischen und rechtlichen Standards zu orientieren, die sich international bereits bewährt haben und möglichst international verstanden und benutzt werden können. Dies betrifft auch die Lizenzierung der Daten.
- 3. Wir fordern die Etablierung einer unabhängigen, für Open Data verantwortlichen Instanz.**

⁶ EU-Richtlinie 2019/1024 vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors, die darauf abzielt, noch bestehende Hürden für die Weiterverwendung öffentlicher Daten abzubauen.

4. Wir fordern, dass im Umgang mit Open Data zwischen gewollter- und ungewollter Diskriminierung differenziert wird.

- Durch diese Differenzierung schaffen wir eine barrierefreie und faire Plattform, um Open Data für jede/-n, der/die sie bekommen soll und braucht, abrufbar zu machen. Die Nutzung der Daten soll unabhängig von Zweck oder kommerzieller Ausrichtung möglich sein. Für Datensätze, die nicht als Open Data gelten, braucht es andere Mechanismen des diskriminierungsfreien Zugangs. Hier ist ein registrierter und selektiver Zugang nötig, um die Daten so datensparsam wie nur möglich zur Verfügung zu stellen. Offene Daten sollen vorab auf Bias geprüft und klassifiziert werden, um ein Fortschreiben der Diskriminierung zu verhindern.

5. Wir fordern Aufklärung über nichtgewollte Diskriminierung, um sie zu bekämpfen.

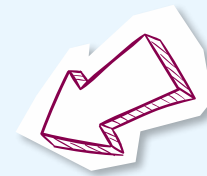
- Für die weitere Entwicklung ethischer, rechtlicher und technischer Standards sollen Gremien geschaffen werden, die aus Teilen der öffentlichen Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Expert(inn)en der einzelnen Fachbereiche bestehen. Dies soll sicherstellen, dass die verschiedenen und manchmal gegensätzlichen Interessen im Ausgleich zueinander stehen und damit künstliche Intelligenzen, die auf offenen Daten basieren, gesellschaftlich getragen und weiterentwickelt werden können. Neue Entwicklungen sollen nach Kriterien der Fairness bewertet werden.

Die Bundesregierung hat in den am 18. November 2019 verabschiedeten Eckpunkten seiner Datenstrategie unter anderem das Ziel formuliert, die verantwortungsvolle Bereitstellung und Nutzung von Daten durch Institutionen in (Zivil-)Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Bundesverwaltung in Deutschland signifikant zu steigern. Dabei sollen neue Datenmonopole verhindert, eine gerechte Teilhabe gesichert und zugleich Datenmissbrauch konsequent begegnet werden. Die endgültige Datenstrategie soll im Sommer 2020 beschlossen werden. [...] Dabei muss dafür gesorgt werden [...], dass keine Daten diskriminierenden Inhalts zur Verfügung gestellt werden. [...] Umso wichtiger ist es [...], die algorithmischen Systeme, die mit den Daten „gefüttert“ werden, im Hinblick auf mögliche unzulässige Diskriminierungen und Benachteiligungen überprüfbar zu machen. Dies ist auch eine der Zielsetzungen der KI-Strategie der Bundesregierung, um die Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit von KI-Systemen herzustellen.

Aus den Antwortschreiben des BMJV

6. Wir fordern den Aufbau von Non-Profit-Open-Source-Plattformen zur Ersetzung der Internetgiganten Facebook, Google und Twitter.

- ✎ Diese Plattformen sollen aus Geldern des Bereiches der öffentlich-rechtlichen Medien finanziert oder auf europäischer Ebene getragen werden. Ziel ist es, eine öffentliche, demokratische, unmanipulierbare und überwachungsfreie Oberfläche zum sozialen Austausch im Internet zu bieten.

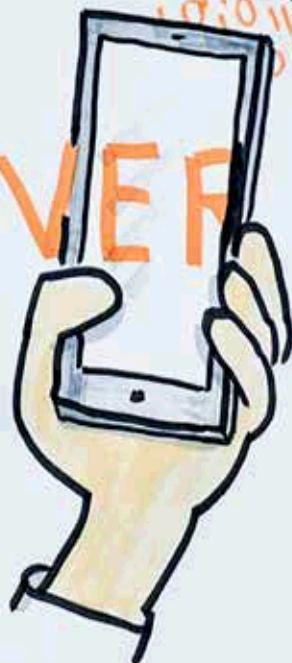


matrische

ACHIVER

ARBEITUNG

METADATEN →



Chancen & Gefahren



SOZIALE
NETZWERKE
AUS METADATEN
& TEXTEN
EXTRAHIEREN

STRUKTURIERT

UNSTRUKTURIERT

THE DARK
SIDE OF
NLP...

GEN
USS



Big Data

1. Wir fordern die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung. Nach dem Grundsatz „in dubio pro reo“ (lat. „Im Zweifel für den Angeklagten“) darf eine Bevölkerung nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Eine grundsätzliche Massenüberwachung, um mögliche Gefahren für die innere Sicherheit zu identifizieren, widerspricht nach unserer Ansicht Artikel 12 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ist verwerflich und muss sofort gestoppt werden.

Im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung finden keine Abhörmaßnahmen statt. Es werden nur die in § 113b Absatz 3 Telekommunikationsgesetz genannten Daten gespeichert. Inhaltsdaten werden hierbei nicht erfasst. Die Speicherverpflichtung ist von dem eigentlichen Zugriff der Ermittlungsbehörden getrennt. Die gespeicherten Daten sind nur in Fällen schwerer Kriminalität abrufbar.

Aus den Antwortschreiben des BMJV

2. Wir fordern, dass sich politische Entscheidungsträger/-innen intensiv mit den Chancen und Risiken von KI-Systemen und umfangreicher Datenverarbeitung auseinandersetzen. Etwa, indem sie Expert(inn)en aus der Wissenschaft und Vertreter/-innen der Zivilgesellschaft zurate ziehen und sich selbst zu diesen Themen weiterbilden.
3. Wir fordern die Schaffung eines Bewusstseins für die Gefahr, die von Dark Ads ausgeht.

Das BMJV teilt die Einschätzung der Agenda, dass der Information und Aufklärung – sowohl in Bezug auf Datenverarbeitung als auch auf Dark Ads – eine wesentliche Bedeutung zukommt. Das BMJV fördert Verbraucherinformationsprojekte zum EU-Datenschutzrecht und Datenverarbeitungstechniken (<https://www.annasleben.de> und <https://deinedatendeinerechte.de/>).

Aus den Antwortschreiben des BMJV

4. Wir fordern eine laufende Überprüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Gestaltung und Verwendung von KI und der dafür genutzten Daten, um gesellschaftsschädlichen Entwicklungen entschlossen und zügig entgegenzuwirken.

- Besonders dringliche Problemfelder sind aktuell: Deepfakes⁷, die große Schäden im privaten und öffentlichen Raum verursachen können bzw. diese bereits verursacht haben. Genau wie Filterblasen und gezielte Personalisierung von (Web-)Inhalten.

Die Gefahren dieses Phänomens für die Demokratie und für Einzelne [...] dürfen nicht unterschätzt werden. [...] Die Stärkung der Medienkompetenz [...] ist entscheidend, um gegen Desinformation im Allgemeinen und Deepfakes im Besonderen gewappnet zu sein. Dies beinhaltet auch aus staatlicher Sicht unter anderem den Fähigkeitsausbau zur Identifizierung von Deepfakes. [...] Das Zivil- und Strafrecht bietet uns eine Vielzahl an möglichen Mitteln, mit denen sich der Staat und die Bürgerinnen und Bürger gegen Deepfakes zur Wehr setzen können. Allerdings ist auch hier eine konsequente Rechtsdurchsetzung erforderlich, bei der es noch Verbesserungsbedarf gibt.

Aus den Antwortschreiben des BMJV

5. Wir fordern: Keine staatliche Überwachung der Bevölkerung mit der Absicht der Einstufung für Verwaltungsprozesse!

- Diese führt zwangsläufig zu Social Scoring Systemen, gegen welche wir uns vehement aussprechen. Social Scoring Systeme sind nicht objektiv, können diskriminierend agieren und demnach die Menschen nicht gleich vor dem Gesetz behandeln. Diese ungleiche Behandlung widerspricht dem Grundgesetz, Art.3 Abs. 1: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“

6. Wir fordern eine umfassende Transparenz der Scoring-Systeme (z. B. SCHUFA), ihrer Punktevergabe sowie der Datenherkunft. Die Datensätze solcher Systeme sollen so gewählt werden, dass sie repräsentativ die Bevölkerung widerspiegeln und keine Gruppen bevorzugen bzw. benachteiligen.

⁷ vgl. <https://www.lmz-bw.de/newsroom/aktuelle-beitraege-aller-bereiche/detailseite/deepfake-wie-kuenstliche-intelligenz-die-wahrheit-auf-den-kopf-stellt/>

7. Wir fordern die Offenlegung von Zielen und Zwecken für die staatliche und privatwirtschaftliche Nutzung von KI- und ADM-Systemen, damit eine öffentliche Diskussion über solche Systeme möglich ist.
8. Wir fordern, dass Systeme, die automatisierte Entscheidungen auf Grundlage von persönlichen Daten treffen, mit besonderer Sorgfalt geplant, entwickelt und betrieben werden. Dies umfasst insbesondere die Rechtmäßigkeit der Datenerhebung, die Herkunft und Qualität der verwendeten Daten sowie die Analyse der Risiken von vorurteilsbehafteten Daten.
9. Wir fordern ein gesetzliches Verbot von Werbetrackern.
11. Wir fordern die regelmäßige Prüfung von Algorithmen.

Das BMJV will eine gesetzliche Regelung entwickeln, die es ermöglicht, Algorithmen regelmäßig zu prüfen. Dies ist vor allem dort notwendig, wo menschliches Verhalten prognostiziert wird. Der Markt muss diskriminierungsfrei für Verbraucherinnen und Verbraucher nutzbar sein. Algorithmen dürfen dies nicht verhindern.

Aus den Antwortschreiben des BMJV







Digitale Bildung

1. Wir fordern eine Überarbeitung der Didaktik für Digitalisierungskompetenzen, einhergehend mit einer entsprechenden Anpassung des Lehrplans.

- Wir fordern, dass Schüler/-innen in Deutschland früher und intensiver über die Chancen und Gefahren aktueller technologischer Entwicklungen anschaulich aufgeklärt werden und so gut wie möglich auf unsere Zukunft vorbereitet den Lernort Schule verlassen.
- Wir fordern, dass der Lehrplan um Themen wie Medienkompetenz, künstliche Intelligenz und Datenverarbeitung, Fake News und weitere gesellschaftlich relevante Themen des aktuellen Zeitgeschehens erweitert wird. Das Angebot an Informatikunterricht soll erweitert werden.
- Wir fordern, dass der Umgang mit Medien ein Teil der akademischen Ausbildung von Lehramtsstudierenden wird.

Verbraucherbildung ist dem BMJV ein zentrales Anliegen. Eine bessere Vermittlung von Alltagskompetenzen soll dazu anleiten, Ethik und Werte in das eigene Verbraucherhandeln einzubeziehen und ist gerade für junge Verbraucherinnen und Verbraucher wichtig. Digitale Anwendungen gehören zur Lebenswelt von Kindern und jungen Erwachsenen. Ein kompetenter und reflektierter Umgang mit diesen Technologien ist wichtig, um Chancen zu nutzen und Risiken zu erkennen. Die Teilhabe soll gefördert und Risikovorsorge betrieben werden.

MASSNAHMEN DES BMJV: Materialkompass, Projekt: „Entwicklung eines Lehrkräfteportals für digitale Kompetenzen“ » Portal www.verbraucherbildung.de.

Auch die Länder müssen in Bezug auf den Lehrplan hierzu einen Beitrag leisten.

Aus den Antwortschreiben des BMJV

2. Wir fordern eine zeitgemäße, flächendeckende und einheitliche Hardware an Schulen.

- Die Ausstattung von Schulen – personell, räumlich, technisch – muss zeitgemäß sein. Dazu braucht es ein speziell auf Schulen angepasstes Gesamtkonzept, welches der aktuelle Digitalpakt nicht mitliefert bzw. auch die einzelnen Bundesländer ihren Schulen nicht anbieten.
- Die aktuelle PC-Infrastruktur an Schulen ist meist dezentral mit vielen Einzel-PCs in Computerräumen realisiert. Dies ist mit hohen Instandhaltungs- und Wartungskosten verbunden. Eine besser an die schulischen Finanz- und Personalstrukturen angepasste Infrastruktur besteht aus Remotedesktopverbindungen, die über einen übergeordneten Server gesteuert werden.

Sämtliche Rechenleistung und Datenspeicherung bzw. -verarbeitung läuft über virtuelle Maschinen auf einem zentralen und leistungsstarken Server.

3. Wir fordern, dass der Einsatz von KIs an Schulen intensiv geprüft wird.

- Zur besseren Umsetzung einer Digitalstrategie sowie zur Schaffung einer Grundstruktur für den Einsatz von KI in Schulen soll eine für schulische Bedürfnisse optimierte Infrastruktur errichtet werden.
- Der Einsatz von KI bietet eine große Chance für alle Schüler/-innen mit individuellen erstellten Lernplänen. Ein Beispiel ist die „School for One“⁸, die eine KI für die Auswahl und Auswertung der Hausaufgaben einsetzt. Durch diese individuelle Förderung spielt das soziale Umfeld der Schüler/-innen keine so große Rolle mehr wie heute, was zu mehr Bildungsgerechtigkeit führt.
- Auch die Lehrenden können vom Einsatz von KI profitieren, bspw. bei einer Individualisierung ihrer Fortbildungen. Stärken und Schwächen der Lehrer/-innen werden analysiert und individuelle Förderempfehlungen – ähnlich wie bei den Schüler/-innen – erstellt.

3. Wir fordern, dass jede Maßnahme vor einer Ausführung unter den folgenden drei Aspekten geprüft wird:

- I. Datenschutz und Datensicherheit
- II. Chancengleichheit und internationale Wettbewerbsfähigkeit
- III. Technische und didaktische Nachhaltigkeit.

Im sogenannten DigitalPakt Schule hat der Bund gemeinsam mit den Ländern den Ausbau digitaler Infrastruktur an Schulen vereinbart. Hierzu leistet der Bund einen finanziellen Beitrag von fünf Milliarden Euro. Die Schulträger können sich um Fördermittel aus dem DigitalPakt bei den Ländern bewerben. Im Rahmen des DigitalPakts haben sich die Bundesländer verpflichtet, die Themen Lehrerbildung und -fortbildung und technische Umsetzung in den Schulen anzugehen. Außerdem haben sich die Länder verpflichtet, didaktische Konzepte zum Einsatz von digitalen Technologien im Lehralltag zu entwickeln.

Aus den Antwortschreiben des BMJV

8 vgl. <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/digitale-kindheit-school-of-one-technik-im-klassenzimmer/12249046.html>







Zukunftsnarrative: So wollen wir mit digitalen Technologien leben

Wir stellen uns eine Zukunft vor, die den technologischen Veränderungen gerecht wird und die mit einem gesellschaftlichen Wandel verbundene Chancen nutzt.

Hierfür ist ein Umdenken auf mehreren Ebenen unerlässlich:

1. Digitale Teilhabe

Durch den rasanten digitalen Wandel werden Personengruppen, wie beispielsweise Senioren und Seniorinnen schnell abgehängt und aus dem digitalen Leben ausgegrenzt. Diese Menschen bleiben dem Internet fern und sind sich des Potenzials nicht bewusst, da sie eingeschüchtert sind. Wichtig ist deshalb, Berührungspunkte zu schaffen und diesen Menschen die Angst zu nehmen. Unser Ziel ist es, ausgegrenzte Personen in die digitale Welt einzubeziehen und eine Teilhabe (im Sinne des Allgemeinen Gleichberechtigungsgesetzes) zu ermöglichen.

2. Bildung und lebenslanges Lernen

Wir leben zurzeit in einer Gesellschaft, in der sich viele Menschen primär über ihren Beruf definieren, und diesen auch ihr Leben lang ausüben. Durch den drohenden Verlust von Arbeitsplätzen als Folge von Automatisierungsprozessen und einer sich zunehmend schneller entwickelnden Arbeitswelt ist dieses Gesellschaftsbild nicht länger tragbar. Stattdessen sollte ein Umfeld geschaffen werden, das auch in fortgeschrittenem Alter eine berufliche Neuorientierung ermöglicht.

Wir fordern deshalb ein staatlich gefördertes Bildungsprogramm zur Umschulung, Weiterqualifikation oder Neuorientierung, das alle Bürger/-innen für insgesamt 4 Jahre im Laufe ihres Lebens in Anspruch nehmen können. Das Programm sollte für jede Person, unabhängig von Alter, Einkommen, Wohnort, vorheriger beruflicher und schulischer Erfahrung verfügbar sein, und je nach Präferenz am Stück oder über das Leben verteilt genutzt werden können.

Dafür müssen konkrete, lokale Maßnahmen ergriffen werden. Wir fordern daher staatlich geförderte Workshops mit folgenden Kerninhalten:

1. **Gerätekunde:** Grundlegende Einführung im Umgang mit Smartphone und Computer
2. **Internetkunde:** Umgang mit Suchmaschinen, Kommunikations- und Unterhaltungsangeboten
3. **Gefahrenprävention:** Aufklärung über Gefahren im Internet, wie Betrugsversuche und Viren

Damit sich jede/-r, unabhängig von der eigenen finanziellen Lage, vollzeitlich darauf konzentrieren kann, ist eine staatliche finanzielle Förderung während dieses Zeitraums notwendig. Die Höhe der Förderung wird anhand verschiedener Parameter bestimmt. Alle Lehrmaterialien stehen frei und jederzeit zugänglich online zur Verfügung.

Um sich der wandelnden Arbeitswelt anzupassen, sind grundlegende Änderungen im Bildungssystem nötig. So plädieren wir für eine grundlegende Kompetenzbildung sowie Wertevermittlung in der Grundschule, welche ausdrücklich Digitalkompetenzen beinhaltet.

3. Der Wandel des sozialen Sektors im Zuge der Automatisierung

Abgabenreform zur Wertsteigerung der sozialen Berufsgruppen im Rahmen von Automatisierungsprozessen.

Aufgrund der steigenden Ungleichheit bei Sozialabgaben von Unternehmen fordern wir eine generelle Reform der Lohnnebenkosten.

Da durch Automatisierung und Substitution von Arbeitsplätzen Lohnnebenkosten eingespart werden, benötigen wir eine gerechte und verbindliche Einbindung aller Unternehmen, unabhängig von ihren menschlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen.

Die zu erwartenden Mehreinnahmen müssen zweckgebunden zur Wertsteigerung des sozialen Sektors genutzt werden. Die dazugehörigen Berufe werden derzeit mangelhaft bezahlt, unterstützt und wertgeschätzt. Außerdem lassen sich diese im Zuge der Automatisierung nicht ersetzen. Durch höhere Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen werden diese attraktiver.

Wir, die **WebDays**-Teilnehmenden hoffen, dass unsere Ideen Impulse für die Digitalpolitik und den digitalen Verbraucherschutz geben. Der Dialog zwischen Jugend und Politik soll aufrechterhalten werden, da wir unsere demokratische Gesellschaft im Sinne der Gemeinschaft mitgestalten möchten.

Die derzeitige ältere Generation nutzt im Durchschnitt digitale Medien weniger als Angehörige jüngerer Altersgruppen. [...] Dies ist bedauerlich, weil viele Technologien bzw. darauf gestützte Dienste gezielt auf die Bedürfnisse des Alters ausgerichtet sind. [...] Um älteren Menschen den digitalen Zugang zu erleichtern, werden Angebote vor Ort und in vertrauter Umgebung benötigt. [...] In dem [...] Verbundprojekt »Digital-Kompass plus« der BAGSO Service GmbH (BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) und Deutschland sicher im Netz e.V. (DsiN) begleiten beispielsweise engagierte Ältere als Internetlotsen andere Seniorinnen und Senioren auf ihrem Weg ins und im Netz. [...] Aber auch das Engagement junger Menschen ist gefragt. [... Das BMJV begrüßt die] Ideen für ein staatlich gefördertes Bildungsprogramm. Ein Baustein hierfür kann die in der KI-Strategie der Bundesregierung vorgeschlagene Nationale Weiterbildungsstrategie sein, um ein breitenwirksames Instrumentarium zur Förderung der Kompetenzen von Erwerbstätigen zu entwickeln. Um für die digitalen Herausforderungen gewappnet zu sein, müssen wir in Deutschland eine Weiterbildungskultur etablieren, die sich am Konzept des lebensbegleitenden Lernens orientiert.

Aus den Antwortschreiben des BMJV



Kontakt

WebDays

Tel.: +49 228 9506-104/-204

E-Mail: webdays@ijab.de

www.webdays.net

Bei den **WebDays**
hast **DU** das Sagen!

Ein Projekt von:

ijab

Fachstelle für Internationale Jugendarbeit
der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Gefördert durch:



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Projektpartner:

klicksafe.de

Mehr Sicherheit im Internet
durch Medienkompetenz

JUGEND HACKT

